

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 5 Mai 2009 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Schusswaffen im Visier

In dieser Ausgabe:

Amoklauf:

Narzissmus und Erziehungsdefizite als Ursache

Winnenden und kein Ende:

Ergebnisse der ersten Studie über deutsche School Shootings

NATO-Gipfel:

Großeinsatz setzt neue Maßstäbe

Verkehrsgerichtstag:

60 Plus ohne Fahrtauglichkeits-TÜV

Soziologie:

Die Männermilieus driften auseinander

APS – Aktivprogramm für Senioren:

Frauen und Männer bei der GdP auch als Rentner und Pensionäre im Geschäft

Junge Gruppe

Winnenden und kein Ende



Wie von führenden Sozialwissenschaftlern seit Jahren betont wird, nehmen schwerwiegende zielgerichtete Gewalttaten an Schulen kein Ende, solange nicht effektive Präventionsmaßnahmen an diesen Bildungseinrichtungen installiert werden. Der Beitrag bietet Studienergebnisse, Hintergründe und Handlungsempfehlungen aus kriminologischer Sicht.

S. 16

Großeinsatz setzt neue Maßstäbe

Der NATO-Gipfel verlief für die Einsatzkräfte auf deutscher Seite relativ komplikationslos. Straßbourg hingegen kämpfte mit einer Welle von Gewalt. Dort waren auch deutsche Einsatzkräfte vor Ort.

S. 22

Einsatz in Frankreich



S. 26

Die Männermilieus driften auseinander

Wie sehen Männer heute ihre Rolle in verschiedenen Lebensbereichen? Welche Einstellungen herrschen bei ihnen vor und wie haben sie sich in diesen Punkten in den letzten Jahren „entwickelt“? Der jüngste Forschungsbericht „Männer in Bewegung“ spiegelt die Sicht der Männer wider.

S. 31

KURZ BERICHTET

2

KOMMENTAR Wer bezahlt die Schulden für die Finanz- und Wirtschaftskrise?

4

FORUM

4/5

TITEL/AMOKLAUF Waffen im Visier – doch das Problem ist viel komplexer

6

Am Ende bleibt der Mensch

6

Narzissmus und Erziehungsdefizite als Ursache

8

Winnenden und kein Ende

16

RECHT

21

NATO-GIPFEL Großeinsatz setzt neue Maßstäbe

22

Einsatz in Frankreich

26

VERKEHRSGERICHTSTAG

29

60 Plus ohne Fahrtauglichkeits-TÜV

SOZIOLOGIE Die Männermilieus driften auseinander

31

BILDUNG Vereinbarkeit lernen

35

APS – AKTIVPROGRAMM FÜR SENIOREN

36

Frauen und Männer bei der GdP auch als Rentner und Pensionäre im Geschäft

JUNGE GRUPPE

38

BÜCHER

40

IMPRESSUM

40



THÜRINGEN:

Neuer Landesvorsitzender



Der ehemalige GdP-Landesvorsitzende Jürgen Schlutter (l.) bei der symbolischen Schlüsselübergabe für die Geschäfte an den neuen GdP-Landesvorsitzenden Marko Grosa. Foto: Monika Pape

Am 31. März 2009 verabschiedete Thüringens Innenminister Manfred Scherer den bisherigen GdP-Landesvorsitzenden von Thüringen, Jürgen Schlutter, in den Ruhestand. Gleichzeitig trat Jürgen Schlutter vom Amt des Landesvorsitzenden zurück. In einer Feierstunde dankte ihm der GdP-Landesbezirksvorsitzende für die 11-jährige erfolgreiche Arbeit an der Spitze der Gewerkschaft.

Zum neuen Landesvorsitzenden wurde der 39-jährige Kriminalrat Marko Grosa gewählt. Er ist stellvertretender Leiter der Kriminalpolizeiinspektion Nordhausen, verheiratet und hat zwei Kinder.

Das GdP-Amt hat er zunächst bis zum Landesdelegiertentag im März 2010 inne. In dieser Zeit will er mit der GdP vor allem die Landtagswahl begleiten. Die GdP will im Rahmen des Wahlkampfes insbesondere die Konsequenzen der Umsetzung der Personalabbaupläne der Landesregierung deutlich machen. Ein weiterer Schwerpunkt wird die künftige Strukturentwicklung der Thüringer Polizei sein. **Edgar Große**

MECKLENBURG-VORPOMMERN:

Geschäftsführender Landesvorstand wieder gewählt

Der Landesvorsitzende Michael Silkeit (49) wurde am 16. April 2009 in Schwerin zum vierten Mal in Folge in seinem Amt bestätigt. Auf dem 5. Ordentlichen Landesdelegiertentag der GdP M-V erhielt er nur eine Gegenstimme und eine Stimmenthaltung.

Silkeit erklärte nach seiner Wahl, dass er kurzfristig Antworten der Politik auf die dringlichsten Probleme der Landespolizei erwarte: „Es kann beispielsweise nicht sein, dass wir seit 10 Jahren vor einem demographischen Kollaps in der Landespolizei warnen und der Innenminister heute immer noch wie auf einem orientalischen Basar um jede einzelne Anwärterstelle feilschen muss. Das Durchschnittsalter der Beamtinnen und Beamten im Schicht- und Ermittlungsdienst beträgt heute



Der wieder gewählte Landesvorsitzende Michael Silkeit (l.) gratuliert seinem Stellvertreter Manfred Seegert. Foto: Marco Bialecki

schon 47,1 Jahre. Dienststellen mit einem Durchschnittsalter von über 50 Jahren sind keine Seltenheit.“

Der Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns, Lorenz Caffier (CDU), war an beiden Veranstaltungstagen Gast der GdP. **Marco Bialecki**

Nachruf

Am 20.3.2009 ist unser Kollege Alfred Dietel gestorben. Er gehörte Jahrzehnte lang zu den profiliertesten Beratern der GdP. Prägend bleibt u. a. sein Bild von einer nach demokratischen Grundsätzen ausgerichteten Polizei. Zahlreiche Publikationen – u. a. die Mitautorenschaft des richtungsweisenden Standard-Kommentars zur Demonstrations- und Versammlungsfreiheit – machten Alfred Dietel bundesweit bekannt.

Als Polizeipraktiker und Einsatzleiter entwickelte er polizeiliche Vorgehensweisen, die einerseits friedlichen Demonstranten die Ausübung ihres Grundrechtes ermöglichten, andererseits halfen, Straftäter gerichtsfest zu überführen. Der ehemalige Inspekteur der Polizei NRW



und Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse wird uns als Verfechter einer bürgernahen und zivilen Polizei nachhaltig in Erinnerung bleiben.

Alfred Dietel war ein vorbildlicher Polizeiführer, ein überzeugter Gewerkschafter, ein verlässlicher Freund und Kollege.

**In tiefer Trauer
Gewerkschaft der Polizei
Der Bundesvorstand**



NRW:

Der Landesvorsitzende wurde 50



Foto: Manfred Vollmer

Seit dem 1. April gehört mit Frank Richter (l.) ein weiterer Landesbezirksvorsitzender der GdP zum Kreis der Fünfzigjährigen. Richter, der 2005 an die Spitze des mit 37.000 Mitgliedern mit weitem Abstand größten Landesbezirks der GdP gewählt worden war, ist in NRW ein wichtiger politischer Faktor.

In seine Amtszeit fielen die endgültige Durchsetzung der zweigeteilten Laufbahn, die Einführung des Bachelor-Studiengangs Polizeivollzugswesen und die Erhöhung der Neueinstellungen von 500 auf 1.100 Polizeianwärterinnen und -anwärter. Unter den Gästen, die der Einladung des Landesbezirks zur Geburtstagsfeier für Frank Richter gefolgt waren, war auch Innenminister Ingo Wolf (FDP, Foto r.). hg

DGB-FAHRRAD-STAFETTE:

Rente muss zum Leben reichen!

Zwanzig Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben auf DGB-Initiative über 650 Kilometer von Mannheim nach Berlin mit den Fahrrad zurückgelegt, um für eine gerechte Alterssicherung öffentlichkeitswirksam zu werben. Darunter auch die Kollegin Dagmar Hölzl, Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der GdP-



„Gewerkschaftsarbeit kann ganz schön anstrengend sein, aber um der Bundesregierung deutlich zu zeigen, was die Gewerkschaften von der Rente mit 67 halten – nämlich nichts – kann man sich auch schon mal auf dem Rad verausgaben!“, so Dagmar Hölzl bei ihrer Ankunft in Berlin.

Foto: Anja Weusthoff

BERLIN: GdP-Rechtsschützer tagten

Die Rechtsschutz-Beauftragten und -Sekretäre der Landesbezirke/Bezirke und des Bundes trafen sich am 15./16.4.2009 in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin zu ihrer jährlichen Tagung.

Auf der Tagesordnung standen u.a. die Verfahrensstände einiger Musterprozesse

wie z. B. im Zusammenhang mit § 14a Beamtenversorgungsgesetz (Erhöhung der Ruhegeldsätze), Alimentation kinderreicher Beamte etc., die Zusammenarbeit mit der DGB-Rechtsschutz GmbH sowie die Auswirkungen der Föderalismusreform.

now.



Foto: Treuber

WAFFENRECHT:

Innenminister greift GdP-Vorschlag auf

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble hat in einem Zeitungsinterview den Vorschlag der GdP aufgegriffen, den Zugang zu Waffen in Privatbesitz mit Hilfe der Biometrie nur für den einzig Berechtigten zu ermöglichen. Nach dem Amoklauf von Winnenden hatte die GdP angeregt, die Biometrie zu nutzen, um den Zugang zu gesicherten Behältnissen wie Tresoren oder eigens gesicherten Waffenräumen nur für den Berechtigten möglich zu machen.

Hierzu ist es nicht einmal notwendig, die seit dem Waffengesetz 2003 vorgeschriebenen Tresore oder Türschlösser zu ersetzen. Vielmehr kann eine biometrisch gesicherte Box ausreichen, um die notwendigen Schlüssel aufzunehmen (die man dann auch nicht mehr ständig bei sich tragen müsste). Die Box selbst müsse, so die GdP, selbstverständlich bestimmte Sicherheitsstandards erfüllen (siehe auch Seite 6).

W.D.

weust.



Wer bezahlt die Schulden für die Finanz- und Wirtschaftskrise?

Hoffentlich behalte ich nicht recht! Aber es wird immer deutlicher, dass die globale Wirtschaftskrise tiefer gehender und lang andauernder sein wird, als die meisten von uns bisher dachten.

Das gilt für das Schrumpfen der Wirtschaft als auch für die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Noch ist die Krise bei den meisten Menschen nicht angekommen und spürbar. Noch beschäftigen uns die vielfältigen Diskussionen um Konjunkturprogramme und vor allen Dingen die Unterstützungsleistungen für Banken.

Zwei- und gar dreistellige Milliarden Euro werden aufgebracht. Summen, die bisher für uns unvorstellbar waren. Man kann den Eindruck bekommen, dass aus dem Vollen geschöpft wird.

Hinzu kommen die „Wahlgeschenke“ der Parteien. Doch irgendwann müssen die Schulden zurückgezahlt werden – einschließlich der Zinsen dafür. Durch die zu erwartenden sinkenden Steuereinnahmen und durch die steigenden „Sozialausgaben“ für Arbeitslosigkeit/Kurzarbeit werden die öffent-

lichen Haushalte drastisch einbrechen. Wer bezahlt dann die „Zeche“?

Und genau hier setzt meine Befürchtung an, denn es ist eine alte Erfahrung: Wenn der Staat hohe Schulden hat, dann muss zuerst der öffentliche Dienst mit seinen Beschäftigten bluten. Wir haben es doch schon zimal erfahren: Fehlt Geld in der Staatskasse, wird das Urlaubs- und Weihnachtsgeld gestrichen, gibt es Einstellungsstopps oder die Gehälter werden eben mal eingefroren, der kurzsichtige Privatisierungsgedanke blüht und Sparvorschläge toppen sich gegenseitig. Das allerdings kann dann für uns im öffentlichen Dienst teuer werden. Vor allem, weil zu befürchten ist, dass wir gleich dreifach zur Kasse gebeten werden: als Arbeitnehmer, als Steuerzahler und eben als Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.

Was also ist zu tun?

Wir müssen die Verursacher der Krise benennen, müssen deutliche machen, welche Mechanismen versagt haben, uns in die Diskussion einer Vermeidung derart dramatischer wirtschaftlicher Zustände einbringen. Das bringt noch kein Geld, aber doch etwas mehr Klarheit für die Zukunft und trägt zur Gerechtigkeit bei. Darüber hinaus müssen wir uns Gedanken machen, wie sich der Staat wieder finanziell erholen kann. Dazu haben die Gewerkschaften bereits verschiedene Vorschläge unterbreitet. Und ich weiß, dass längst nicht alles dabei populär ist: von der Anleihe für Vermögende, der

Einführung der Vermögens- und Erbschaftssteuer über die Erhöhung des Spitzsteuersatzes bis hin zur Börsenumsatzsteuer.

Wer uns heute erzählen will, dass wir ohne zusätzliche Steuern auskommen oder gar flächendeckend Steuer geschenke vergeben können, hat meiner Meinung nach den Bezug zur Realität verloren. Also: Wahlversprechen auf Machbarkeit prüfen!

Wir als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes sollten uns deutlich artikulieren, dass wir nicht bereit sind, überproportional die Schuldenlasten zu tragen. Das werden wir als Gewerkschafter auf dem Kapitalismuskongress des DGB am 14./15. Mai in Berlin in aller Deutlichkeit tun. Aber eine Chance, uns alle zusammen kraftvoll zu äußern, haben wir am 16. Mai auf der DGB-Demonstration in Berlin unter dem Motto „Die Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen.“

Und es gilt auch deutlich zu machen, das wir in unserer Gesellschaft ein neues Wertefüge brauchen: Profit ist nicht alles – Menschlichkeit und sozialer Zusammenhalt müssen Vorrang haben.



forum

**Zu: Wie es dennoch geht,
DP 4/09**

Es ist erfreulich, dass sich die Gewerkschaft mit diesem Thema auseinandersetzt und hierüber schon ihren dritten Artikel in der DP veröffentlicht hat. Leider sieht die eigene Erfahrung anders aus. Mittlerweile

56 Jahre alt und bis vor zwei Jahren selbst im Bezirks- und örtlichen Personalrat in Schleswig-Holstein vertreten gewesen, hatte ich mich auch in diese Thematik eingebracht. Waren die Erlasse für das Einsatztraining und der Sporterlass in der Entwicklung, sollte ich sogar in der Arbeitsgruppe für das Einsatztraining mitwirken. Doch, ich wurde nie zu einer Sitzung angefordert. Mir wurde ganz energisch von GdP-Kollegen vermittelt, dass man Polizist bis zum 60-zigsten Lebensjahr ist und entsprechend all-

les mitzumachen hat. Sie waren natürlich jünger als ich und ich will nicht ausschließen, dass ich vor 25 Jahren genauso reagiert hätte. Leider ist es so, dass das Alter mit seinen wie im Artikel beschriebenen Auswirkungen etwa ab 50 Jahren zuschlägt und man die eine oder andere Veränderung gerne in Kauf nehmen würde, um seinen Beruf als Polizist weiterhin mit Zufriedenheit ausüben zu können.

Nachdem man bei den letzten Reformen schon vermehrt Polizisten in den Außen-



dienst versetzt und damit Innendienststellen auch für lebensältere Kollegen abgebaut, das Einsatztraining und den Sportlerlass konsequent ohne Altersklausel versehen hat, hört man, dass in Schleswig-Holstein jeder Polizeibeamte am EMS (Einsatzmehrzweckstock) ausgebildet werden soll. Toll, da schickt man dann den 59-jährigen noch mal zur EMS-Grundausbildung und anschließend noch einmal zur Fortbildung!

Hans-Georg Bigalski, Büsum

Zu: Leserbriefe der Kollegen Lades, Irmich und Hafke, DP 4/09

Doch Kollege Lades, Herr Wössner hat den Durchblick und den Überblick. In meiner nunmehr fast 38-jährigen Dienstzeit ist mir kein anderer Polizeiführer begegnet, der mehr Engagement für die Polizei gezeigt hat. Es handelt sich bei ihm eben gerade nicht um eine Führungskraft, die alles was von oben kommt widerspruchslos abnickt. Und, Kollege Irmich, er nimmt ganz gewiss wahr, was von der Basis kommt; er ist weder betriebsblind nach unten, noch wird von ihm nach oben alles schön geredet. Der Artikel von Herr Freuding ist nicht nur polemisch, sondern er enthält auch von Anfang bis Ende Unwahrheiten. Die gemachten Vorwürfe treffen° zumindest für die Polizeidirektion Villingen-Schwenningen nicht zu, und ich wage sogar zu behaupten, dass die gemachten Vorwürfe und Vorurteile im Großen und Ganzen für den gesamten Führungsbereich des Regierungsbezirkes Südbaden nicht zutreffen. Als langjähriger Vorsitzender des Personalrates bei der PD Villingen-Schwenningen war ich von Anfang im Pilotprojekt NSI eingebunden und ich bin seit acht Jahren in der Geschäftsführung des BPR der Polizei in Südbaden tätig; ich weiß also von was ich rede. Natürlich wurden insbesondere zu Beginn des Projektes auch Fehler gemacht. Die Einführung betriebswirtschaftlicher Elemente in der Polizei muss auch nicht gleichbedeutend sein mit einem Ausblenden sozialer Gesichtspunkte.

Herr Freuding, kommen Sie nach Südbaden und besuchen Sie die Polizeidirektion Villingen-Schwenningen oder kommen Sie zur Führungsrunde der PD-Leiter zur LPD. Lassen Sie sich vor Ort informieren und schreiben Sie Ihren Artikel danach neu.

*Jürgen Vogler,
Bezirkspersonalrat der Polizei beim
Regierungspräsidium Freiburg*

Zu: Über 5 Prozent mehr, DP 4/09

Man fragt sich wirklich, warum man am 27.2.2009 zur Demo nach Düsseldorf gefahren ist. Am 10.2.2009 konnte man es noch verstehen, da man davon ausging, dass für 8 % bzw. mindestens 200 Euro demonstriert wird. Nach dem Tarifabschluss kommt man sich jedoch verraten vor. Da stellt sich ein Herr Bsirske ans Rednerpult und tönt unter 8 % oder mindestens 200 Euro lassen wir nicht mit uns reden. Es kommt einem doch der Verdacht nahe, das zu diesem Zeitpunkt schon klar war, was ein Tag später Realität wurde. Es ist für einen Demonstranten wie mich unerklärlich, wie man sich mit solchen Almosen abpeisen lassen kann.

Dirk Nekat, PP Bielefeld

Zu: Leserbrief von Werner Lades, DP 4/09

Sehr geehrter Herr Lades, Sie machen es sich in Ihrer Leserbriefantwort schon einfach.

Ich sehe alle Seiten und Interessen und versuche in kooperativen Prozessen die Organisationsziele zu erreichen und zu einer Humanisierung der Arbeitswelt beizutragen. Dazu gehören auf der ganzen Welt ständige Anpassungen auf Veränderungen. Dabei bin ich natürlich zumutbar leistungsorientiert!

Deshalb stehe ich in jedem Punkt zu meinem Leserbriefbeitrag. Kein Unternehmen wird von der Basis geführt, nicht einmal die Partei der Grünen hat es geschafft.

Wer Geld vom Steuerzahler in einem Budget anvertraut bekommt, muss nachweisen, dass er damit das Optimale gemacht hat. Wie in jedem privaten Verein! Überlegen Sie bitte einmal, wie oft wir uns besserwisserisch über andere Geschäftsbereiche außerhalb der Polizei äußern, was dort alles so mit „unserem“ Geld falsch gemacht wird.

Für interessierte Kolleginnen und Kollegen steht unsere Dienststelle jederzeit für einen Erfahrungs- und Meinungsaustausch offen. Sie können bei mir jeden konstruktiven Verbesserungsvorschlag anbringen. Er darf nur nicht aus dem Bauch heraus sein. Er muss fundiert sein und in die Gesamtsituation unserer Aufgaben passen, wenn alle Lagefelder zielführend ausgewogen bedacht sind.

Roland Wössner, Leiter der Polizeidirektion Villingen-Schwenningen

Zu: Leserbrief von Silke Müller, DP 4/09

Das Buch „Der Bibuka“ mal beiseite gelassen, zeigt der Satz der Kollegin S. Müller in ihrem Leserbrief: „Und welche Kollegen sind es denn, über die man manchmal hört, dass sie nicht mit Frauen auf Streife fahren wollen“, deutlich, dass sie aus ihren alltäglichen Vorurteilen mittlerweile gefestigte Ressentiments entwickelt hat.

Zweifelsfrei meint sie ausschließlich Kollegen mit Migrationshintergrund.

Tatsache ist doch aber, dass weibliche Kolleginnen seit Einstellung in unseren immer noch männerdominierten Beruf, schon von Anfang an immer wieder diskriminiert wurden. Und zwar von männlichen Kollegen „Ur-deutscher“-Herkunft, (so viele Migranten gibt es oder gab es gar nicht bei der Polizei, wie weibliche Kolleginnen trauriger Weise Opfer von Mobbing etc. wurden).

Selbst heute noch gibt es in meiner Dienstabteilung „Ur-deutsche“ (wenn ich das mal so nennen darf, aber eine andere Abgrenzung zu „mit Migrationshintergrund“ fällt mir nicht ein) Kollegen, die der Meinung sind, dass wir zu viele weibliche Kolleginnen hätten, die im Streifendienst ein Sicherheitsrisiko darstellen würden (aufgrund mangelnder Körperkraft).

In dem Leserbrief wird viel Frust und Angst bezüglich der hier lebenden Ausländer bzw. Migranten deutlich. Ich kann nur hoffen, dass darunter die professionelle Arbeit im Dienstalltag nicht leidet, wenn man mit diesen Bevölkerungsgruppen zu tun hat.

G. Arslan, Niedersachsen

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

*GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de*



AMOKLAUF

Waffen im Visier – doch das Problem ist viel komplexer

Der Amoklauf in Winnenden hat 17 Menschen das Leben gekostet. Sicher war die leicht verfügbare Waffe ein die Tat begünstigender Umstand. Und deshalb wollen Politiker weiter das Waffengesetz verschärfen. Die Vorstellungen reichen von der Ansicht, alle Waffen gänzlich zu verbieten, bis hin zu Vorschlägen, die Waffenverfügbarkeit deutlich zu reduzieren. Im nachfolgenden Beitrag legt der

Waffenrechts-Spezialist Wolfgang Dicke seine Sicht auf verschiedene Vorschläge dar. Doch Amokläufe an Schulen fordern eine komplexe Betrachtung, nicht nur die der Waffenverfügbarkeit. Eine grundlegende Frage dabei: Warum laufen junge Menschen – oft in der Pubertät – Amok? Sind das besondere Persönlichkeiten, psychisch labile, leicht kränkbare Menschen? Sind sie gar

psychisch krank? Eine Betrachtung dazu kommt von Dr. Uwe Füllgrabe, Kriminalpsychologe (ab Seite 8).

Und Anhaltspunkte zur Erkennung und Vorhersagbarkeit solcher „School Shootings“* liefert der Kriminologe Dr. Frank J. Robertz, der sich seit Jahren mit dem Thema intensiv beschäftigt (ab Seite 14).

Am Ende bleibt der Mensch

Das Schreckliche ist einfach zu groß, zu unfassbar. Auch Tage nach dem Amoklauf von Winnenden, einer 28.000-Einwohner-Stadt nahe Stuttgart, ist es schwer, das Ereignis zu begreifen. Allzu menschlich daher, dass viele Fragen gestellt wurden, die oft in den Wunsch mündeten, nach Lösungen zu suchen, eine Wiederholung möglichst zu verhindern. Dabei bleibt eine ernüchternde weil bittere Erkenntnis: Am Ende bleibt der Mensch – und der ist fehlerhaft.

In einer Mediengesellschaft ist es wohl unvermeidlich: Das Wechselspiel aus Medien und Politik verursacht eine riesige Welle an Meinungen und Vorschlägen. Was ist dabei Selbstdarstellung im Parteiengerangel, was ist durchaus verständlichem Mangel an Kenntnissen in Sachen Waffenrecht und privatem Waffenbesitz zu schulden und was ist von der Verantwortung getragen, auch bei einem jetzt schon sehr strengen Waffengesetz nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen?

Waffen sicher aufbewahren

Erst die Waffenrechtsreform von 2003 hatte deutlich verschärfte Vorschriften für die Unterbringung von Waffen und Munition gebracht. Nur noch zertifizierte Tresore bzw. entsprechend abgesicherte Waffenräume sind seither zugelassen; aber auch die ausgefeilteste Sicherheitstechnik muss – wie

im Fall Winnenden – versagen, wenn der Besitzer fahrlässig eine Waffe außerhalb aufbewahrt. Wenn man bei Fort Knox die Türen offen stehen lässt, ist das Gold auch weg. Also – so viele besorgte Politiker – müsste die sichere Aufbewahrung von den zuständigen Behörden auch kontrolliert werden.

Bei Neuanträgen auf waffenrechtliche Erlaubnisse ist die vorgesehene Aufbewahrung nachzuweisen, durch die Kaufquittung des entsprechenden Tresors bzw. Fotos, wo das schwere Stück (mindestens 200 kg, sonst Verankerung in Boden oder Wand) untergebracht ist. Beim Altbesitz kann die Waffenrechtsbehörde die Befolgung der Aufbewahrungsvorschriften kontrollieren, nach vorheriger Anmeldung – es sei denn, es ist Gefahr im Verzuge. Das verfassungsrechtlich verbrieftete Recht der Unverletzlichkeit der Wohnung gilt also auch hier, das ist auch von denjenigen zu beachten, die erst kürzlich bei der Debatte über die Online-Durchsuchung so pingelig auf diesen

Grundgesetzartikel verwiesen; aber da ging es ja auch nur um die Terrorismusbekämpfung.

Ein ganz gewichtiges Argument tritt hinzu: Es ist billig, häufigere Kontrollen der privaten Unterbringung von Waffen zu fordern – solange nicht zugleich gesagt wird, wer das tun soll. So etwas kostet Personal, das nach aller Erfahrung gerne schon wieder verweigert wird, wenn es einige Wochen später bei den Haushaltsdebatten um den viel zu teuren öffentlichen Dienst geht.



Waffenrechtsexperte der GdP: Wolfgang Dicke

Hilft eine zentrale Lagerung bei den Schützenvereinen bzw. den Schießständen? Die Frage ist nicht neu. Sie wurde

*„School Shooting“ bezeichnen Amokläufe durch Jugendliche an Schulen.



bereits weit im Vorfeld der Waffenrechtsnovelle 2003 von Fachleuten der Polizei und der Schießsportverbände diskutiert und schließlich verworfen. Grund: das ist weit gefährlicher als die anonyme Lagerung bei den berechtigten Waffenbesitzern zu Hause. Warum? Generell liegen derlei Stätten an der Peripherie von Kommunen, also relativ einsam. Wenn dann abends nach dem Schießbetrieb der letzte Verantwortliche abschließt, wäre es ein Leichtes, ihn niederzuschlagen und den Schlüssel zu allen Tresoren zu bekommen. Dann stünden ungeahnte Arsenale ungeschützt zur Verfügung – die Auswahl für Kriminelle sozusagen auf dem Silbertablet. Und ein weiteres Argument: die Anzahl der Schusswaffen. Es sind etliche Millionen, die dann unterzubringen wären, eine praktisch unmögliche Aufgabe.

Die Altersgrenze

Der Täter von Winnenden war erst 17 Jahre alt; gleichwohl kam die Frage auf, ob man nicht die Altersgrenze für den legalen Zugang zu Schusswaffen weiter heraufsetzen müsste. Das kann man tun, nur bedeutet das den Abschied von der Flut an Medaillen bei Olympischen Spielen bzw. Welt- oder Europameisterschaften beispielsweise beim Biathlon. Wer bei schießsportlichen Disziplinen mithalten will, muss früh anfangen und viel trainieren. Was aber offenbar in der Öffentlichkeit nicht ausreichend ins Bewusstsein gedrungen ist, das ist die schlichte Tatsache, dass es beim Biathlon tatsächlich ums Schießen geht – und zwar mit einer tödlichen Waffe. Nicht wenige Journalisten waren bei Gesprächen mit der GdP bass erstaunt, dass es „richtige“ Schusswaffen sind, die da verwendet werden.

Das führt geradewegs zu einer weiteren weithin unbekanntem Tatsache: Man braucht zum Schießtraining Munition – und zwar reichlich. Je nach Disziplin sind Jahresmengen von 3.000 bis 4.000 Schuss völlig normal, so lange man sich nur auf Kreis- bzw. Bezirksebene bewegt. Geht's höher auf die Landes- bzw. nationale Ebene, steigt der Munitionsverbrauch um ein Vielfaches, genau der Grund, weshalb Sportschützen Sammelbestellungen bevorzugen, um bei dem ohnehin teuren Sport ein wenig Geld zu sparen.

Totales Waffenverbot?

Vorschläge von Politikern – so z. B. der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann

Scheer – verlangten ein Totalverbot für den privaten Waffenbesitz. Hilft das gegen derart schlimme Verbrechen? Hier hilft der Blick nach Großbritannien. Dort war es auch ein Amoklauf, der zum Verbot des privaten Waffenbesitzes führte. Am 13. März 1996 tötete der Amokschüt-

– gerade auch mit Schusswaffen. Die Illegalität des Waffenbesitzes ist keine Abschreckung, im Gegenteil. Der Staat, die Gesellschaft wird als Feind betrachtet, also auch seine Regeln, die man folglich bewusst missachtet. Pistolen werden – so ganz offen maskierte Jugendliche im bri-



Dr. August Hanning, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, appellierte bei der Eröffnung der diesjährigen Internationalen Waffenmesse in Nürnberg eindringlich an die privaten Waffenbesitzer, sich ihrer großen Verantwortung bewusst zu sein.

Foto: W. Dicke

ze Thomas Hamilton im schottischen Dunblane 16 Kinder und eine Lehrerin mit einer Schrotflinte. Moderne Schusswaffen sind seither – bis auf einige Jagdwaffen – in Großbritannien für den Privatbesitz verboten. Ein Erfolg? Mitnichten. Die Rate der Straftaten mit Schusswaffen geht seither ungebremst weiter nach oben und hat Größenordnungen erreicht, die weit über den vergleichbaren Zahlen hierzulande liegen. Im Jahr 2007 gab es – wie der „Telegraph“ die britische Innenministerin Jacqui Smith zitierte – mehr als 10.000 Straftaten mit Schusswaffen, weit mehr als das Doppelte in Deutschland.

In den britischen Großstädten hat sich eine höchst gefährliche Subkultur entwickelt, in der es für Jugendliche zur Selbstverständlichkeit gehört, bewaffnet zu sein

tischen Fernsehen – in London für umgerechnet 1.500 Euro verkauft, Schnellfeuerwaffen für bis zu 6.000 Euro. Es geht auch billiger: Man kann eine Schusswaffe für 350 Euro pro Nacht mieten. Allein 2007 beschlagnahmte eine Sondereinheit der Londoner Polizei im Rauschgiftmilieu mehr als 900 Schusswaffen.

Schusswaffen im Focus

Seit Jahren ein Phänomen: Tötungsdelikte, bei denen eine Schusswaffe das Tatmittel war, „genießen“ in Öffentlichkeit, Politik und Medien deutlich mehr Aufmerksamkeit als solche, die mit einem Messer begangen wurden. Fachleuten ist es eine altbekannte Tatsache: Das häufigste Tatmittel bei Tötungsdelikten ist das Messer. Ein solches wird auch für Amokläufe benutzt. Schon fast vergessen: bei der Einweihung des Berliner Hauptbahnhofes Ende Mai 2006 verletzte ein 16-Jähriger 28 Menschen mit einem Taschenmesser. Ein solches Messer würde nicht einmal nach der letzten Verschärfung des Waffengesetzes von 2008 von dem dort erstmals normierten Führungsverbot in





Nur noch zertifizierte Tresore bzw. entsprechend abgesicherte Waffenräume sind seit der Waffenrechtsreform von 2003 für die Unterbringung von Waffen und Munition zugelassen. Hier Waffenschränke auf der Internationalen Waffemesse in Nürnberg. Foto: Daniel Karmann/dpa

der Öffentlichkeit erfasst – es war ein schlichtes Taschenmesser.

Und erst am 23. Januar 2009 drang ein Mann in eine Kindertagesstätte im belgischen Dendermonde, rund 30 km nordwestlich von Brüssel, ein und tötete mit einem Messer zwei Kleinkinder und eine Betreuerin; zwölf weitere Kinder und mehrere Betreuerinnen wurden zum Teil schwer verletzt.

Alles dies löst keinerlei öffentliche Debatte über die Gefährlichkeit von Messern aus. Warum nicht? Messer gehören ganz selbstverständlich zum täglichen Leben – Schusswaffen eben nicht. Das führt zu einer einseitigen Wahrnehmung.

Bleibt wirklich nichts zu tun?

Nach einem so schrecklichen Verbrechen wie in Winnenden ist es eine selbstverständliche Verpflichtung, sorgsam zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, um eine Wiederholung zu verhindern. Das gilt auch für das Waffengesetz. Dass bei dem Verhalten des Vaters (eine Schusswaffe außerhalb des Tresors aufzubewahren) die sorgfältige Aufbewahrung besonders im Mittelpunkt der Debatte steht, ist verständlich. Das hat auch Dr. August Hanning, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, bei der Eröffnung der Inter-

nationalen Waffemesse in Nürnberg (die Fachmesse für Hersteller und Händler mit Teilnehmern aus 50 Ländern wurde aus reinem zeitlichen Zufall zwei Tage nach dem Amoklauf eröffnet) betont. Er verwies darauf, dass seit 2002 in Deutschland die Zahlen der Waffendelikte ständig rückläufig seien; er appellierte an die privaten Waffenbesitzer, sich ihrer großen Verantwortung

bewusst zu sein und fügte hinzu, dass

Überlegungen zu noch wirksameren Maßnahmen wie z. B. dem Einsatz der Biometrie zur Sicherung von Waffenbehältnissen sorgfältig geprüft werden sollten.

Das ist völlig richtig. Aber eines ist auch richtig: Es reicht nicht aus, sich auf das Waffengesetz zu stürzen und zu meinen, damit sei es getan. Eine Gesetzesverschärfung kostet lediglich das Papier, auf das sie gedruckt wird. Sich um junge Menschen zu kümmern, die offenkundig große Probleme mit sich und ihrer Umwelt haben, erfordert weit mehr Aufmerksamkeit und Hinwendung, mithin ein höheres Maß an Sensibilität aber auch an Zeit, sich überhaupt solchen Menschen zuwenden zu können. Das kostet Personal, z. B. bei Lehrern und bei Psychologen. Was ist eigentlich nach dem Amoklauf vom April 2002 in Erfurt passiert? Dass das Waffengesetz verschärft und die Einstellung von deutlich mehr Schulpsychologen angekündigt wurde. Angekündigt – dabei ist es weitgehend geblieben. Mehr fachkundiges Personal einzustellen hätte ja auch Geld gekostet.

W. Dicke

Narzissmus und Erziehungsdefizite als Ursache

Wie kommt ein Einzelner dazu, ein solches Grauen anzurichten wie in Winnenden. Wie kommt er dazu, Vertraute und Unbeteiligte niederzumetzeln? Ein solches Verhalten kommt nicht von heute auf morgen. Es gedeiht in einer gewissen gesellschaftlichen und privaten „Atmosphäre“. Der Kriminalpsychologe Dr. Uwe Füllgrabe legt seine fundierte Sicht im folgenden Beitrag dar.

Das Gewaltpotenzial in unserer Gesellschaft

Am 17.4.2007 schrieb Calibre Press in einem Nachrichtenbrief für Polizisten zum Amoklauf in der US-Universität Virginia Tech: „Ein intelligentes außerirdisches Wesen, das plötzlich auf die Erde gekommen wäre, hätte gedacht, dass dies das schrecklichste, neuartigste und nicht zu erwartende Ereignis gewesen wäre, das jemals auf diesem freundlichen Planeten geschah. Man kann sich den Schock vorstellen, wenn der außerirdische Besucher festgestellt hätte, dass dies nur das neueste Ereignis einer langen Geschichte von bösartiger Gewalt gewesen ist, das sich gegen

unschuldige Schüler richtete. Und: Columbine (1999) war nicht der erste und Virginia Tech wird (leider) nicht der letzte Gewaltakt gegen Schüler und Lehrer sein.“

Aber auch andere gefährliche Entwicklungen werden erst registriert, wenn es zu spät ist, z. B. das „Würgespiel“. Es besteht darin, sich mit einem Schal, einem Halstuch oder selbst den Händen zu würgen. Nach Einschätzungen erwürgt sich aus Versehen allein in Frankreich jeden Monat ein Jugendlicher im Alter von 12 bis 15 Jahren. Dazu kommen Meldungen aus Belgien, England, Japan, Mexiko, der Schweiz, den USA. Gemäß der New York Times vom 14.2.2008 starben in den letzten Jahren zumindest 82 Kinder in den



USA als Folge des Würgespiels. Da derartige Fälle häufig als Selbstmord gedeutet werden, stellt sich die Frage, wie häufig diese Fälle in Deutschland vorkommen.

Aber der Blick auf Jugendgewalt und die Notwendigkeit von erzieherischen Maßnahmen wird erst durch Gewalttaten in U-Bahnen oder Amokläufe ausgelöst. Dies hängt auch damit zusammen, dass statistische Betrachtungen nur scheinbar

“ *Man kann die Ursache von Amok und die Tatsache, dass Amok in den letzten Jahren häufiger auftritt, in einem wachsenden Narzissmus (Eigenliebe) in unserer Gesellschaft sehen und einer gleichzeitigen Verringerung aggressionshemmender Faktoren.* “

zeigen, dass Jugendgewalt gleich geblieben oder sogar gesunken sei.

Auf S. 92 der neuen KFN-Studie (Baier

et al., 2009) steht z. B., dass nach Angaben der Unfallversicherung die Zahl der Raufunfälle in Schulen von 1997-2007 um 31,3 % zurückgegangen sei. Sie ist aber mit 11 % (statt 16 %) immer noch hoch. Also: Man ist glücklich, dass sie auf einem immer noch relativ hohen Niveau verbleibt. In Wirklichkeit dürfte diese Zahl aber noch höher sein, denn es handelt sich nicht um konkrete Verhaltensbeobachtungen, sondern um Angaben von Unfallversicherungen.

Der Berliner Jugendrichter Dr. Räcke (2006) betonte auch: „Viele Raubdelikte kommen gar nicht erst zur Anzeige, weil die Täter drohen: „Wenn das rauskommt, stech' ich dich ab!“. Da wird der Schülerausweis mitgenommen, um dem Opfer Angst zu machen und zu demonstrieren, dass man seine Adresse kennt. Das ist praktisch Usus.“

„Beruhigend“ für Lehrer ist auch folgende Aussage: „Lediglich 1,7 % (der Schüler) haben im vergangenen Schulhalbjahr eine Lehrkraft geschlagen.“ Ich kann mich nicht daran erinnern, dass in

meiner Schulzeit (den 50er Jahren) Lehrer geschlagen wurden oder dass derartige „beruhigende“ Äußerungen gefallen wären. Die %-Angaben verschleiern die Problematik.

Denn 1,7 % von 43.530 befragten Jugendlichen bedeuten, dass im Halbjahr 740,01 Lehrer geschlagen wurden, also 1.480 pro Jahr. Und 0,5 % von 43.530 = 217,65 gaben an, mehrfach pro Woche einen Lehrer geschlagen zu haben, was pro Jahr also 435 Fälle ausmacht. Und das alles betrifft Lehrer, die in ihrer Ausbildung nie auf die Konfrontation und angemessene Reaktionen mit gewalttätigen Jugendlichen vorbereitet wurden! Es ist also kein Wunder, dass Burn-Out usw. bei Lehrern immer häufiger vorkommt. >



Dr. Uwe Füllgrabe,
Kriminalpsychologe





Gewaltförderung durch Narzissmus

Bereits 2000 hatte ich in einem Artikel darauf hingewiesen:

Amok tritt keineswegs urplötzlich auf, sondern ist lediglich die Endphase eines längeren Prozesses. Man kann vereinfacht die Vorbedingung für Amok so sehen: Auf der Grundlage einer narzisstischen Persönlichkeit (d. h. extremer Selbstbezogenheit) deutet eine Person sehr viele Dinge negativ. Ihr Weltbild ist: Ich werde unfair behandelt. + Ich habe das Recht, die Gerechtigkeit wieder herzustellen. + Ich habe ja eine Waffe zur Verfügung, um dies zu tun.

Beim Vorliegen einer spezifischen Situation, z. B. einer Kränkung des ICH durch Entlassung, Liebeskummer usw. wird dann die gedankliche Struktur in Amok umgesetzt.

Man kann die Ursache von Amok und die Tatsache, dass Amok in den letzten Jahren häufiger auftritt, in einem wachsenden Narzissmus (Eigenliebe) in unserer Gesellschaft sehen und einer gleichzeitigen Verringerung aggressionshemmenden Faktoren.

Narzissmus ist kein realistisches Selbstbewusstsein. Narzisstische Menschen glauben, dass sie etwas Besonderes, Einzigartiges seien und eine bessere Behandlung als andere verdienen. Ihnen fehlt Empathie für andere, sie werden leicht aggressiv, wenn sie sich subjektiv beleidigt fühlen. Sie vergeben nicht leicht. Sie suchen stark die Aufmerksamkeit anderer und stehen gerne im Mittelpunkt

Die amerikanische Psychologin Twenge ermittelte für die USA (gültig wohl auch für Westeuropa), dass sich die Zahl narzisstischer Personen erhöht hat. Auch 1975 zeigten Schüler Vertrauen darin, gute Leistungen zu erbringen, aber ihre Antworten waren bescheidener und realistischer als bei Schülern 2006. Im Jahre 2006 erwarteten z. B. 75 % von ihnen, dass sie zu dem oberen 20 % Leistungsniveau gehörten.

Als Ursache für den wachsenden Narzissmus kann beispielsweise eine immer stärker werdende narzisstische Gesellschaft gesehen werden, was sich z. B. in dem Interesse an ruhmhungrigen Filmstars und Berühmtheiten äußert. Dies erzeugt „ungesunde Werte und falsche Wertvorstellungen von dem, was das Leben ausmacht.“ Viele Teenager der heutigen Zeit können auch schwerer als frühere Generationen mit Enttäuschungen umgehen, da ihre Eltern sie nicht darauf vorbereitet haben.

Der amerikanische Psychologe Kindlon (Novotney, 2009) sieht einen weiteren Grund für den wachsenden Narzissmus in der kleineren Familiengröße: Es war schwer, sich vorzustellen, dass sich die Welt nur um einen dreht, wenn man acht Brüder und Schwestern hatte.

Twenge weist ausdrücklich darauf hin, dass Selbstvertrauen an sich wichtig sei,

oder Angst vor Strafe. Typisch ist dafür das Beispiel einer Fernsehjournalistin, die sich so sehr über ihren Lehrer ärgerte, dass sie sich vorstellte, dass sein Kopf zerplatzen würde. „Darüber bin ich so erschrocken“, sagte sie mir. Bei Gewalttätern fehlen eben solche hemmenden Gedanken und Gefühle.

Deshalb ist nicht nur ein autoritärer



Jugendliche Amokläufer – was steckt dahinter?

Foto: LEHTIKUVA/dpa

etwa bei einem Einstellungsgespräch, dass es aber schnell angeknackst ist, wenn der Arbeitgeber ihnen nicht das Gehalt zahlt oder sie so befördert, wie sie glauben, es zu verdienen. Sie setzen sich nicht die richtigen Ziele, weil sie ein überhöhtes Selbstbewusstsein haben, und diese Nichtverwirklichung ihrer Ziele wirkt auf sie wie ein Faustschlag. Twenge sieht den Grund für das falsche Selbstbewusstsein in wohlmeinenden Erwachsenen und Lehrern: Wenn ununterbrochen gelobt wird, glauben die Kinder, dass sie irgendwie etwas Besonderes seien. Dies erzeugt Kinder, die mit den Anforderungen der normalen Welt nicht zurechtkommen.

Potenziell gewaltfördernd: eine laissez-faire Erziehung

Das Handeln wird durch innere Monologe (Gedanken) geprägt. Im Denken vieler Menschen mögen gewalttätige Gedanken auftauchen, sie setzen sie aber nicht in Gewalt um. Warum? Weil es auch aggressionshemmende Gedanken gibt, wie Empathie, Nutzlosigkeit von Gewalt

Erziehungsstil problematisch. Auch eine laissez-faire Erziehung kann gefährliche Auswirkungen haben, wenn sie dem Kind keine hemmenden Faktoren gegen aggressives und kriminelles Verhalten vermittelt.

„ Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, müssen wir ... Ausschau halten nach fehlenden Aggressionsschranken ... “

Angeichts der Realität der Amokläufe wird immer wieder gefragt, warum Eltern, Lehrer, Freunde und Umwelt bei dem Jugendlichen nichts bemerkt haben. Ich möchte nur daran erinnern, dass seit den euphemistisch als „68er Revolution“ bezeichneten Tagen jegliche Einwirkungen auf Kinder als „autoritär“ gebrandmarkt wurden. Die Konsequenzen ergeben sich aus folgendem Ereignis an einer Supermarktkasse (Hannoversche Allgemeinen Zeitung 11.9.1996):

„Ein etwa fünfjähriger Junge hatte sich



AMOKLAUF

aus der mütterlichen Obhut befreit und begonnen, sich auf höchst unfeine Art und Weise die Zeit zu vertreiben: Er trat jedem der Wartenden kräftig in die Waden und strahlte dabei über das ganze Gesicht. Die junge Mutter sah dabei zunächst geflissentlich weg, blätterte betont lässig in der neuen „Brigitte“, tat jedenfalls nichts, um dem Treiben ihres Söhnchens Einhalt zu gebieten. Die Beschwerde einer älteren Dame mit heftig schmerzender Wade konterte die Frau Mama schnippisch: Ihr Sohn könne stets machen, was er wolle. Er werde antiautoritär erzogen.

Die Weisheiten der klugen Sozialpädagogen aus den Siebzigern haben sich indes überlebt. Die junge Mutter merkte das daran, dass sich nach ihrer zickigen Antwort ein stämmiger 18-Jähriger aus der Schlange löste und ihr eine kräftige Ohrfeige verpasste. Sein Kommentar dazu: Er sei ebenfalls antiautoritär erzogen. Die Frau ertrug den Vorgang mit bemerkenswerter Fassung: kein Schimpfen, keine Strafanzeige und auch keine schnippischen Bemerkungen mehr. Sie blieb ganz einfach ruhig. Ihr Sohn übrigens auch.“

Es wurde also jahrelang ignoriert, dass es neben einem autoritären und einem laissez-faire Erziehungsstil auch einen kooperativen/sozial-integrativen Erziehungsstil gibt, bei dem eine eigenständige Selbststeuerung des Verhaltens im Vordergrund steht.

Wie wichtig das ist, zeigt die österreichische Psychologin Lukas (1995, S. 116): „Im Laufe der Fernsehsendung wurde eine Reihe von Experten aus pädagogischen und psychologischen Disziplinen dazu befragt, und erneut wurden die alten Ursachentheorien gewählt: Der Schulstress, die Reizüberflutung, die Anonymität in der Masse, die schlechten Vorbilder und die häuslichen Probleme würden die Kinder aggressiv machen. Danach wurde eine Befragung von ganz anderen Experten, eingeblendet, nämlich eine Umfrage unter den Schulkindern selbst: „Warum verschmierst du deiner Klassenkameradin das Heft?“, so und ähnlich wurde gefragt. Zur großen Überraschung bestand die häufigste Antwort, die das Fernsighteam erhielt, aus der schlichten Gegenfrage: „Warum nicht?“. Der Kindermund sprach das Essentielle aus, das den Experten entgangen war: Warum soll man nicht schlagen, treten, quälen? Gibt es einen Grund, darauf zu verzichten? Und, wenn ja, ist er bekannt, ist er bewusst? Wer verzichtet schon ohne Grund?

Wir sehen, nicht die Ursachen im Sinne eines Zuviels (an Stress, häuslichen Problemen etc.), sondern die Werte im

Sinne eines Zuwenigs verschärfen die menschliche Aggressivität! Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, müssen wir uns mit demjenigen beschäftigen, das fehlt, müssen wir Ausschau halten nach fehlenden Aggressionsschranken und nicht so sehr nach etwa vorhandenen Aggressionsursachen, die es immer geben wird, müssen wir Antworten auf die Frage „Warum nicht?“ parat haben und nicht bloß Spekulationen zur Frage „Warum?“. Erst wenn Eltern und Lehrer, Staat und Gesellschaft wieder klare Vorstellungen über die unveräußerbare Würde des Menschen und über die Achtung selbst vor dem Schwächsten und Kränksten unter uns vermitteln, werden die Kinder vor Greuelthaten zurückschrecken. Erst wenn der Unfug mit der „wertfreien Erziehung“ gänzlich überwunden ist, werden Werte wieder ein Thema sein, über das man sprechen darf und muss zur Gewissensbildung, die allemal höher steht als jedwede Wissensbildung.

Die gewalttätige Jugend„kultur“

Völlig übersehen bei der Frage nach der Ursache von Amok und Jugendgewalt wird die Existenz einer extrem gewaltorientierten Jugend„kultur“.

Vor dem Amoklauf in Erfurt am 26. April 2002 fand der erstaunte Leser auf den Internetseiten der Saarbrücker Zeitung vom 15.4.2002 die Seite Shark Attack mit „Terrorgruppe“.

Hat hier etwa eine Terrorgruppe einen Angriff mit Haien geplant? Doch der folgende Text gibt eine andere Erklärung: „Am Samstag, 11. Mai, veranstalten das Jugendamt des Stadtverbandes Saarbrücken und die Gemeinde Riegelsberg einen Punk-Event der Extraklasse. Mit den Bands Terrorgruppe aus Berlin, The Go Faster Nuns aus Bamberg und Mole aus Altenkessel werden Leckerbissen der Punkrock-Szene präsentiert. Das unter dem Namen Shark Attack laufende Konzert ...“

Noch schlimmer: Wer vor dem Amoklauf von Erfurt (2002) den Begriff Amok in eine Internet-Suchmaschine eingegeben hat, fand dort keineswegs Informationen über Amok als Gewalttat, sondern seitenweise Musikbands mit dem Wort Amok im Titel.

Der amerikanische Aggressionsforscher Berkowitz (1973) hatte bereits in den 70er Jahren darauf hingewiesen, dass ein Reiz dann zum aggressiven Hinweisreiz wird, wenn er vorher in irgendeiner



Form mit Gewalt in Bezug gebracht wurde. Experimente haben z. B. gezeigt, dass bereits der Umgang mit aggressiven Wörtern ein aggressives Handeln auslösen kann. Aggressive Wörter können also ein aggressives Klima schaffen, das das Entstehen von Aggression fördert. Es ist deshalb unverständlich, dass ein Jugendamt ein Konzert unter dem aggressiven Titel Shark Attack veranstaltet, und mit einer Band, deren Namen angesichts der Terrorakte in New York und den Amokläufen nur peinlich sein kann.

Jedenfalls wurde so der geistige Boden für Gewalttaten und Amokläufe vorbereitet. Hinzu kam eine Förderung derartigen Gedanken durch gewalttätige Videospiele.

Gewaltförderung durch gewalttätige Videospiele

Immer wieder taucht spezifisch die Frage auf, welchen Anteil gewalttätige Videospiele bei Amokläufen haben. Eine Untersuchung der amerikanischen Psychologen Anderson und Dill (2000) hilft, diese Frage zu beantworten. Die Autoren gingen dabei von der Tatsache aus, dass Videospiele bei dem Amoklauf von Littleton, Colorado, vermutlich eine gewisse Rolle spielten.

Eric Harris und Dylan Klebold, die am 20. April 1999 bei diesem Ereignis 13 Mitschüler ermordeten und 23 verletzten, bevor sie die Waffen gegen sich selbst richteten, spielten nämlich gerne eine Version des Spiels Doom, bei dem zwei Schützen mit Spezialwaffen und unbegrenzter Munition auf Personen schießen, die sich nicht wehren können. Für ein Klassenprojekt hatten Harris und Klebold ein Video erstellt, in dem sie in Trenchcoats auftraten, Schusswaffen bei sich trugen und Schulsportler töteten. Ein Jahr später lebten sie ihr Spiel in „gottähnlicher Weise“ aus.

Bezüglich des Einfluss von Gewaltvideos stellten Anderson und Dill (2000)

in ihrer Untersuchung fest, dass Videos mit gewalttätigem Inhalt einen Einfluss auf aggressives und kriminelles Verhalten haben können. Dieser Einfluss ist aber nur für Personen festzustellen, die bereits aggressive Gedanken und Gefühle haben und vor allem für Männer. Die Ergebnis-

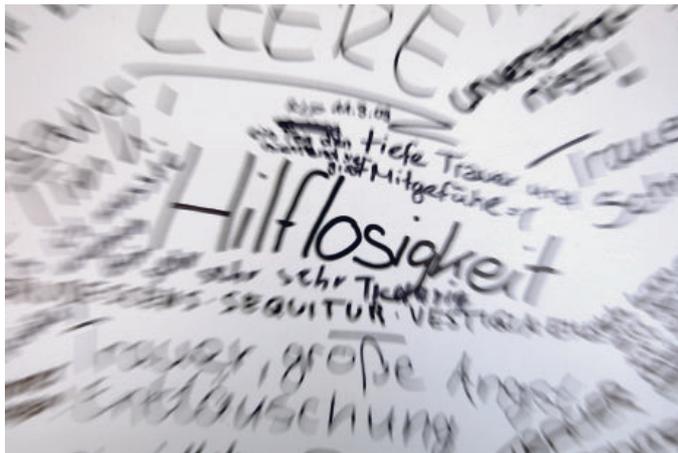


Foto: Karl-Josef Hildenbrand/dpa

se der zwei Experimente stimmen mit dem **General Affective Aggression Model (GAAM)** überein, das vorhersagt, dass der Anblick gewalttätiger Videos aggressives Verhalten verstärkt auftreten lässt, sowohl

- a) kurzfristig (z. B. im Labor) als auch
- b) langfristig (z. B. Kriminalität).

Anderson und Dill (2000) zeigen die hierbei wirkenden Prozesse auf:

1. Wiederholtes Benutzen gewalttätiger Videospiele verstärkt bestimmte Kognitionen und Verhaltensmuster:
 - aggressive Meinungen und Einstellungen
 - aggressive Wahrnehmungsschemata
 - aggressive Erwartungen
 - aggressive Verhaltensmuster
 - Gewöhnung an Gewalt (Desensibilisierung = Hemmungsabbau)
2. Dies verstärkt die aggressive Persönlichkeitsstruktur.
3. Dies hat Auswirkungen auf:
 - persönlichkeitspsychologische Variablen (z. B. aggressive Persönlichkeit)
 - situative Variablen, z. B. soziale Situationen oder Suche neuer Bezugsgruppen (von Freunden usw.)

Ein typisches Beispiel dafür, dass der Konsum von Gewalt die Gewaltbereitschaft gerade bei Gewaltorientierten fördert, ist der Fall des Kristofor H., der als 14-Jähriger eine Lehrerin tötete, einen Kollegen und zwei Schülerinnen verletzte. „Um Aufmerksamkeit zu erregen, wurde er gewalttätig gegen sich selbst, grenz-

te sich später gegen alle Menschen ab, steigerte sich in Horrorfantasien. Als er „Amok“ von Stephen King las – in dem Buch erschießt ein Schüler aus Wut seine Lehrerin – fand Kristofor seine Gefühlswelt offen ausgebreitet. Als er dann vor seiner Lehrerin stand, „lief alles wie von selbst ab“ (FAZ vom 9. 10. 1999, S. 42).

Man könnte auch die Hypothese wagen, dass es die Art der konsumierten Gewalt in Massenmedien war, die Amokläufer (Massenmörder) von Serienmördern unterscheiden könnte. Dies könnte aus folgenden Feststellungen von Band und Harpold in ihrer FBI-Studie (1999) sichtbar werden:

- Sie waren durch satanische Kulte oder kultähnliche Denkweisen oder philosophische Werke (z. B. Nietzsche) beeinflusst.
- Sie hörten Lieder, die Gewalt förderten.

Dies zeigt, dass Amokschützen solche Gewalt in Medien konsumierten, die mit einem mehr oder minder strukturierten aggressiven Weltbild zusammenhängt. Dagegen ist z. B. typisch für Serienmörder, dass ihre Gewaltvorstellungen in ihrem Denken und ihrer Fantasie sich auf die Durchführung und die Perfektion ihrer sadistischen Taten bezogen, also individualistisch ausgerichtet waren.

“ Experimente haben z. B. gezeigt, dass bereits der Umgang mit aggressiven Wörtern ein aggressives Handeln auslösen kann. “

Diese unterschiedliche Ausrichtung der gewalttätigen Denkstrukturen und das Vorhandensein und die intensive Beschäftigung mit (Schuss-)Waffen könnten – neben anderen Faktoren – den Unterschied zwischen einem Serienmörder und einem Massenmörder (Amokläufer) ausmachen.

Die Notwendigkeit erzieherischer Maßnahmen

Narzissmus ist typisch für Psychopathen (wenn auch nicht jede narzisstische Person ein Psychopath sein muss). Geradezu prophetisch war deshalb die Warnung von Hare (1999, S.177): „Wir könnten unsere Schulen zu einer camouflage-Gesellschaft werden lassen, in der sich wahrhaftige Psychopathen verstecken und ihre destruktiven, eigensüchti-



AMOKLAUF

gen, selbstbelohnenden Ziele verfolgen und die gesamte Schulpopulation bedrohen.

Unsere Gesellschaft könnte nicht nur fasziniert von der psychopathischen Persönlichkeit sein, sondern auch in wachsendem Ausmaß ihr gegenüber tolerant. Aber noch erschreckender ist die Möglichkeit, dass „coole“, aber bösartige Psychopathen ein verqueres Rollenmodell für Kinder werden können, die in gestörten Familien aufwachsen oder in auseinander fallenden Gemeinschaften, wo wenig Wert auf Ehrlichkeit, Fair Play und Besorgnis für das Wohl anderer gelegt wird.“

Tatsächlich werden Amokläufer von manchen Jugendlichen zu „kulturellen Ikonen“ hochstilisiert, zu mythischen Figuren. Die Konsequenz daraus: Der Amoklauf in der Columbine High School in Littleton, 1999, soll zumindest für vier weitere Amokläufe und drei geplante Amokläufe in den USA verantwortlich sein. Und weltweit sollen mindesten 60 Drohungen geäußert worden sein, in denen Littleton erwähnt wurde (Elliott, 2001). Und seit dem Amoklauf von Winnenden hat alleine das LKA Nds. 118 Amokdrohungen registriert (HNA 7.4.2009).

Unangemessen gedeutete Statistiken – gemäß: „Die Jugendgewalt ist gesunken/gleichgeblieben“ – suggerieren aber: „Mit unserer Jugend ist alles in Ordnung. Es besteht kein Handlungsbedarf.“ Das genaue Gegenteil ist der Fall: Immer neue Formen von Gewalt tauchen auf, z. B. „Happy Slapping“ (siehe dazu auch DP 10/06): Ein Jugendlicher verwickelt einen Busfahrer in ein Gespräch, plötzlich schlägt er ihm die Faust ins Gesicht. Sein Kumpan steht daneben und filmt die Szene mit seiner Handycamera. Mit dem Video prahlen die Täter später vor ihren Freunden. Es handelt sich dabei nicht um Einzelfälle, sondern um Taten, die verursacht werden durch: Langeweile, Aufmerksamkeit

„*Das Einzige, was zum Triumph des Bösen notwendig ist, besteht darin, dass gute Menschen nichts tun.*“

Edmund Burke

anderer gewinnen, Coolness, Stärke und Abschreckung demonstrieren (Grimm & Rhein, 2007).

Wer meint, man müsse nicht erzieherisch auf Jugendliche einwirken, übersieht auch, dass Jugendgewalt in eine Vielzahl anderer Probleme Jugendlicher eingebunden ist: nicht nur „Koma-saufen“, Rauschgiftsucht, „Würgespiele“, sondern auch Gesundheitsgefährdungen wie Diabetes durch falsche Ernährung, Hörschaden durch laute Discomusik und MP3-Player usw.

Alle diese Phänomene haben mit den Faktoren Langeweile, impulsiver Lebensstil und mangelnder Selbststeuerung zu tun. Deshalb ist die Erziehung zu sozial-integrativem Verhalten notwendig. Die Alternative ergibt sich z. B. aus dem Weltbild, das Jugendliche aus dem „Happy Slapping“ gewinnen: „Es gibt in dieser Welt Starke und Schwache, „coole Täter“ und „uncoole Opfer“ – und entweder man ist das eine oder andere“ (Grimm & Rhein, 2007, S. 196). Und das ist das Weltbild des „Gesetz des Dschungels.“

Bereits im 18. Jahrhundert wies der englische Schriftsteller Edmund Burke darauf hin: „Das Einzige, was zum Triumph des Bösen notwendig ist, besteht darin, dass gute Menschen nichts tun.“ Oder leben wir bereits in dem, was der amerikanische Psychologe Zimbardo (1980) als „Das Zeitalter der Gleichgültigkeit“ bezeichnete?

Literatur:

Anderson, C. A. & Dill, K. E. (2000). Video games and aggressive



thoughts, feelings, and behavior in the laboratory and in life. *Journal of Personality and Social Psychology*, 78, S. 772 - 790.

Baier, D. et al. (2009). *Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt*. KfN Forschungsbericht Nr. 107.

Band, S. R. & Harpold, J. A. (1999). School violence: Lessons learned. *FBI Law Enforcement Bulletin*, 68, S. 9 - 16.

Berkowitz, L. (1970). *The contagion of violence: An S-R mediational analysis of some effects of observed aggression*. Nebraska Symposium of Motivation.

Berkowitz, L. (1973). The case for bottling up rage. *Psychology Today*, 7, Nr. 2, S. 24 - 31.

Bushman, B. J. & Baumeister, R. F. (1998).

Threatened egotism, narcissism, self - esteem, and direct and displaced aggression : Does self-love or self -hate lead to violence ? *Journal of Personality and Social Psychology*, 75, S. 219 - 229.

Elliott, D. (2001). *Columbine killers icons to some*. Associated Press, April 16, 2001.

Füllgrabe, U. (1997/2009). *Kriminalpsychologie - Täter und Opfer im Spiel des Lebens* (3. Auflage). Kerzenheim: minerva Edition wissen,

Füllgrabe, U. (2000). Amok - Eine spezielle Art der Mehrfachtötung. *Kriminalistik*, 54. Jahrgang, Nr. 4, April 2000, S. 225 - 228.

Grimm, P. & Rhein, S. (2007) *Slapping, Bullying, Snuffing*. Berlin: Vistas.

Hare, R. D. (1999). *Without conscience - The disturbing world of the psychopaths among us*. New York: The Guilford Press.

Lukas, E. (1995). *Lebensbesinnung*. Freiburg: Herder.

Novotney, A. (2009). The price of affluence. *Monitor on Psychology*, Volume 40, No. 1 January 2009, <http://www.apa.org/monitor/2009/01/teens.html>.

Tausch, R. & Tausch, A. (1970). *Erziehungspsychologie*. Göttingen: Hogrefe.

Twenge, J. & Campbell, W. K. (2009). *The Narcissism Epidemic: Living in the age of entitlement*. New York: Free Press.

Zimbardo, P.G. (1980). The age of indifference. *Psychology Today*, August 1980, S. 71 - 76.

Winnenden und kein Ende

Ergebnisse der ersten Studie über deutsche School Shootings*

Sechs Wochen vor dem zehnten Jahrestag des Aufsehens erregenden School Shootings an der Columbine High School in Littleton (Colorado) musste Deutschland in Winnenden eine neuerliche schwerwiegende zielgerichtete Gewalttat an einer Schule erleben. Wie von führenden Sozialwissenschaftlern seit Jahren betont wird, nimmt diese spezifische Form der Gewalt kein Ende, solange nicht effektive Präventionsmaßnahmen an unseren Schulen installiert werden. Nach den USA hat Deutschland mittlerweile weltweit die meisten dieser Tötungen und Tötungsversuche durch Jugendliche an Schulen zu verzeichnen.

und der Identifikation mittels Bildern und Tatbeschreibungen werden Tür und Tor geöffnet.

Folgeschwere Berichterstattung zu Columbine

Besonders deutlich wird das gerade an der Tat von Columbine. Die Presse stellte

Anstieg der Taten

Dass School Shootings trotz der Abnahme genereller Tötungsdelinquenz in den letzten 10 Jahren sowohl in den USA, als auch in Deutschland deutlich häufiger auftreten, ist dabei wohl vor allem auf die intensive Berichterstattung und die Verbreitung der Taten über das Medium Internet zurückzuführen. Es ist auffällig, dass sich gerade nach einer multimedial breiten Darstellung von School Shootings die Nachfolgetaten häufen. Den Schlüssel zum Verständnis dieses Phänomens gibt uns die Medienwirkungsforschung in die Hand: Immer wieder werden die Motivlagen der Täter allzu vereinfacht dargestellt. Zahlreiche Presseberichte lesen sich wie Anleitungen zur Nachahmung



Eine intensive Beschäftigung mit gewalthaltigen Medieninhalten, wie auch mit Waffen und Militaria kann einen Hinweis darauf darstellen, dass sich der Jugendliche in eine „Kriegeridentität“ hinein fantasiert.
Foto: Patrick Pleul/dpa

*„School Shooting“ bezeichnen Amokläufe durch Jugendliche an Schulen.



AMOKLAUF



Dr. Frank J. Robertz ist Leiter des „Instituts für Gewaltprävention und angewandte Kriminologie“ (IGaK) in Berlin und führt ebenso wie Dr. Hoffmann und Frau Dipl. Psych. Roshdi vom Darmstädter „Institut Psychologie und Sicherheit“ europaweit Fortbildungen zur Prävention und Intervention von Schulgewalt durch.

damals fälschlicherweise dar, dass sich die Täter an ihren spezifischen Unterdrückern hatten rächen wollen. Sie wurden damit von gemobbten Schülern weltweit zu Helden erklärt. Fanseiten, welche die Täter loben oder gar als gottgleich darstellen, finden sich vielfältig in den Weiten des Internets. Und schlimmer noch: Da diese Jugendlichen als Märtyrer der Unterdrückten stilisiert wurden, wollen sich andere an ihre Taten anschließen und ihnen nacheifern. De facto hatten die Jugendlichen von Columbine viel profanere Ideen: Sie wollten den größtmöglichen Massenmord anrichten und 500 Menschen auf einmal durch eine Bombe töten. Da diese nicht zündete, schossen sie auf Mitschüler, Lehrer und jeden, der ihnen begegnete. An den somit nachweislich falschen Mythos der „Rächer“ an spezifischen „Mobbern“ schließen sich jedoch unsere deutschen School Shooter und Nachahmer dieser Taten immer noch an. Die Täter von Columbine werden verehrt und es wird ihnen nachgeeifert. Und schlimmer noch: zum 10. Jahrestag dieser Tat stehen uns zahllose weitere Be-

richte in Presse und Internet bevor. Es bleibt also zu hoffen, dass die Berichterstattung diesmal verantwortungsvoller agiert, um nicht neuerliche Nachfolgetaten anzustacheln.

Konsequenzen

Die Konsequenzen der School Shootings sind verheerend. Nicht nur hatten wir mit Erfurt und Winnenden zwei der weltweit gravierendsten Vorfälle mit insgesamt 33 Toten, es kommen je Tat auch noch zahlreiche direkt vom Täter verletzte Personen, sowie massiv traumatisierte Angehörige, Lehrer, Schüler und Helfer hinzu. Die Schwere der Tatfolgen steht dabei in einem seltsamen Missverhältnis zu präventiven Bemühungen und der Anzahl wissenschaftlicher Aufarbeitungen dieser Taten in Deutschland.

Erste Studie deutscher Fälle

Um zumindest dem zweiten Manko entgegenzuwirken, werden im Folgenden aktuellste deutsche Forschungsergebnisse vorgestellt. Nach der Analyse weltweiter Fälle, deren Ergebnisse 2004 und 2007 als Bücher veröffentlicht wurden, führten die Verfasser dieses Beitrags eine 2002 an der Arbeitsstelle für Forensische Psychologie der Technischen Universität Darmstadt gestartete empirische Studie der deutschen School Shootings durch. Aufgrund der zeitlichen Nähe und dem schwebenden Verfahren gegen die Eltern des Täters konnte der Amoklauf von Winnenden hierbei zwar nicht mehr berücksichtigt werden – jedoch wurden alle vor Winnenden liegenden zielgerichteten schweren Gewalttaten an Schulen in Deutschland mit Hilfe von Gerichtsakten und Urteilen einer gründlichen Analyse unterzogen. Es handelt sich hierbei um sieben Vorfälle, die sich zwischen 1999 und 2006 ereigneten. Die Ergebnisse der deutschen Analysen ergeben allein stehend, aber auch im Vergleich zu den US-Studien und einer US-Kontrollgruppe, ein erstaunlich einheitliches Bild solcher Taten, das auch klare Hinweise für präventive Ansätze erlaubt:



Ziele der Taten

In sechs der deutschen Taten wurden gezielt Lehrer attackiert, in 28,6 % der Fälle (n=2) zudem auch Schüler. In 42,9 % der Taten (n=3) wurden außerdem weitere Personen angegriffen. Hierbei handelte es sich um andere Angestellte der Schule, wie den Hausmeister oder die Sekretärin, um Mitarbeiter von Unternehmen oder um Polizeibeamte. Die Täter zentrierten ihre Vorgehensweise zwar auf bestimmte Personen oder Gruppen, attackierten jedoch auch immer wieder ohne Vorwarnung andere Menschen, die sie an der Durchführung ihrer Tat hindern wollten.

Demographische Merkmale der Täter

In den deutschen Fällen waren alle Täter zwischen 14 und 22 Jahre alt (im Durchschnitt 17 Jahre). Alle sieben waren männlich und besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie standen zudem sämtlich noch im Kontakt mit ihren leiblichen Eltern, bei denen sechs der Täter (85,7 %) auch noch lebten. Analog zu den US-Studien war keine der Familien erkennbar zerrüttet und ihr Bildungsgrad zog sich durch alle Schichten. Defizite im Einfühlungsvermögen und Bindungsaufbau gehen nicht notwendigerweise zu Lasten der Eltern, von denen sich einige sogar als engagiert gegenüber ihren Söhnen zeigten. Relevant ist jedoch die subjektive Sichtweise der Jugendlichen selbst, die auf eine gefühlte Beziehungslosigkeit verweist.

Ebenfalls ist bemerkenswert, dass in 71,4 % der Fälle (n=5) nahe stehende Personen eine Veränderung bei dem Jugendlichen bemerkten, die ihnen Sorgen machte.

Alle hatten Geschwister, die beurteilt anhand der Noten, Schulabschlüsse und schulischen Laufbahn in fünf Fällen (71,4 %) deutlich erfolgreicher waren, als die Täter selbst. Ein Fall entsprach diesem Schema nicht, bei einem weiteren konnte diese Frage anhand der vorliegenden Daten nicht geklärt werden. Dieses hohe Vorliegen erfolgreicherer Geschwister stützt die Annahme, dass Minderwertigkeitsgefühle eine unterstützende Wirkung bei solchen Taten darstellen. Im Zusammenspiel mit einer hohen Kränkbarkeit und narzisstischen Tendenzen ergibt sich hier eine gefährliche Mischung.

Narzissmus

Gerade in jener narzisstischen Kränkbarkeit der Täter ist offenbar ein Schlüsselfaktor zu sehen, der verursacht, dass Kränkungen und Versagungen psychisch nicht angemessen verarbeitet und abgeschlossen werden können. Als Anzeichen eines solchen Narzissmus sind bspw. der Wunsch nach Bewunderung und das Auftreten von Fantasien grenzenloser Macht und Größe zu sehen, die bei 85,7 % der Täter (n=6) vorgefunden wurden. Auch die hohe Empfindlichkeit gegenüber Kritik und Zurückweisung passt in diese Dynamik und konnte ebenfalls bei 85,7 % der Täter (n=6) belegt werden. Diese Jugendlichen versuchen ihr geringes Selbstwertempfinden durch Größenphantasien zu stabilisieren, was sich meist in einem selbstsicher bis arrogant erscheinenden Verhalten äußert. Stellt man ihre überzogene Selbstaufwertung in Frage, so werten sie das oft als weitere Kränkung und reagieren mit einer Erhöhung des Aggressionspotenzials.

Krisenerfahrungen und Konflikte

Gerade die Schule bietet sich durch ihre hohe Relevanz für soziale Kontakte, für das gesellschaftliche Schicksal und die für Konfrontation mit Autoritätspersonen daher als Angriffsziel an. So finden sich fast konsequent auch zahlreiche negative Erlebnisse in den Schulbiographien der Täter. Die Schulleistungen waren bei drei Tätern eher durchschnittlich und bei den übrigen vier (57,1 %) schlecht. Bei sechs (85,7 %) waren Abmahnungen oder disziplinarische Auffälligkeiten zu verzeichnen. Drei hatten bereits einen Schulausschluss erlebt und vier hatten Schulklassen wiederholt. Insgesamt erwarteten alle Täter auch akut negative Zukunftsaussichten. So drohte neben den Schulausschlüssen in drei Fäl-

len (42,9 %) auch ein Schulwechsel oder eine Wiederholung der Klasse. In zwei Fällen (28,6 %) zeichnete sich eine schlechte Ausbildungs- oder berufliche Perspektive ab. Mithin sind viele Krisenerfahrungen und Kränkungerlebnisse mit der Schule verknüpft, was einen wichtigen Faktor darzustellen scheint, weshalb die Schule als Tatort ausgewählt wird.



Schüsse, Tote, Verletzte, dann die Evakuierung der Schüler in Winnenden – eine traumatisierende Realität, die an einem geschützten Ort, wie einer Schule, nicht stattfinden dürfte.

Foto: Marijan Murat/dpa

Doch auch andere Krisen sind im Zusammenhang mit sozialen Bindungen im Vorfeld der Tat in den Biographien der Jugendlichen zu finden. Drei nahmen den Tod eines Großelternteils sehr schwer (42,9 %) und jeweils zwei erlebten deutliche Zurückweisungen durch ein Mädchen, sowie intensive Auseinandersetzungen mit Klassenkameraden (jeweils 28,6 %). Zum Zusammenwirken verschiedener Krisensituationen kommt bei den jugendlichen Tätern meist neben langfristigen Kränkungerfahrungen noch kurzfristig der Wegfall von stabilisierenden Beziehungen hinzu.

Suizide

Fünf der deutschen Täter (71,4 %) versuchten direkt im Anschluss an ihre Tat, sich das Leben zu nehmen. Dabei ist einem der jugendlichen Täter der Suizid nicht gelungen, er schoss sich in den Kopf und fiel ins Koma. Einem weiteren Schüler, der sich vor der gesamten Klasse erschließen wollte, konnte die Waffe vor seinem Suizidversuch abgenommen werden.

Wie sich später auch in Winnenden wieder bestätigt hat, gehört es mittlerweile



AMOKLAUF

weitgehend zum modus operandi eines School Shooters, seinem Leben nach der Tat ein Ende zu setzen. Dies mag dem Schock der eigenen Tatrealisierung geschuldet sein oder die Konsequenz einer generellen Perspektivlosigkeit und depressiven Tendenz sein. So sind bereits im Vorfeld der deutschen Taten in vier Fällen (57,1 %) Suizidäußerungen belegt. Zudem waren bei 71,4 % der Täter (n=5) Äußerungen von Hoffnungslosigkeit bekannt. Der Suizid kann jedoch auch einen Versuch darstellen, sich nicht der Strafverfolgung auszusetzen. Eine Festnahme würde die den Tätern so wichtige finale Symbolik schwächen.

Einfluss von anderen Taten und von Medien

Eine hohe Relevanz scheinen zudem gewalthaltige Medien Darstellungen zu haben, für die alle Täter ein hohes Interesse zeigten. Hier ist vor allem auf die Bedeutung der Rezeption vorangegangener Taten hinzuweisen. 85,7 % der Täter (n=6) waren von anderen Amokläufern oder Gewalttätern fasziniert und idealisierten diese zum Teil sogar. Ein eindeutiges und konkretes mediales Vorbild für ihre Tat konnte bei 57,1 % (n=4) bestimmt werden. Dabei handelte es sich entweder um eine Filmfigur oder um einen realen Amokläufer. Unter anderem zeigte sich dies darin, dass bestimmte Filmszenen, Gesten oder Kleidungsstücke imitiert wurden.

Eine intensive Beschäftigung mit gewalthaltigen Medieninhalten, wie auch mit Waffen und Militaria kann einen Hinweis darauf darstellen, dass sich der Jugendliche in eine „Krieger-



Die Konsequenzen von School Shootings sind verheerend: Neben den Toten gibt es auch noch zahlreiche direkt vom Täter verletzte Personen, sowie massiv traumatisierte Angehörige, Lehrer, Schüler und Helfer.
Foto: Wolfram Steinberg/dpa

identität“ hinein fantasiert und dass er versucht, sich durch die Imitation eines mächtigen Rächers selbst zu erhöhen.

Waffenzugang

An Waffen und Militaria zeigten dann auch 71,4 % der Jugendlichen (n=5) im Vorfeld Interesse. Alle hatten vor ihrer Tat bereits Zugang zu Waffen (n=6) bzw. hatten versucht sich Zugang zu Waffen zu beschaffen (n=1). Der Täter ohne Zugang zu Schusswaffen beging den Mord an einer Lehrerin mit Messern.

In einem Jagdsport- oder Schützenverein war dagegen nur ein einziger School Shooter (14,3 %). Drei der Täter (42,9 %) beschafften sich Schusswaffen im eigenen Elternhaus, wo sie legal

vorhanden waren, indem sie sich ohne Wissen der Eltern Zugang zum Waffenschrank verschafften.

Interessanterweise wurde in allen Fällen vor der Tat angedroht, eine Waffe mitzubringen oder diese sogar direkt anderen präsentiert. In sechs Fällen (85,7 %) wurden andere mit einer scharfen Schusswaffe, einem Gasrevolver, einer Axt oder einem Messer bedroht. Selbstverständlich sollte das Vorzeigen einer Waffe stets dazu führen, bei dem betreffenden Jugendlichen nach weiteren Risikofaktoren zu suchen.

Leaking

Risikofaktoren und Hinweise auf bestehende gravierende Gewaltphantasien finden sich durch das so genannte „Leaking“, also das „Durchtröpfeln“ von absichtlich oder unwissentlich mitgeteilten Informationen der Täter über Gefühle, Gedanken, Fantasien, Einstellungen oder Absichten, die auf einen möglichen Gewaltakt hinweisen. In allen Fällen wurde der Gewaltplan, die Racheabsicht oder ein Konflikt mit der Zielperson im Vorfeld klar kommuniziert und in allen Fällen wurde auch eine Drohung ausgesprochen (n=7, 100 %). Darüber hinaus gab es in sechs Fällen (85,7 %) sogar Todeslisten oder konkrete Ankündigungen, welche Person angegriffen werden sollte.

Reaktionen auf Warnsignale

Werden Warnsignale erkannt, sollte den Jugendlichen auf dreifache Weise begegnet werden: Es müssen weitere Informationen gesammelt werden, es muss Normverdeutlichung geschehen, es muss ihnen aber vor allem auch ganz deutlich gemacht werden, dass ihre im Vorfeld subjektiv unlösbar erscheinenden Probleme nun lösbar sind. Sie müssen begreifen, dass ihnen von diesem Zeitpunkt an Erwachsene zu Seite stehen. Nicht nur um zu strafen, sondern auch um Ihnen Hinweise zu geben auf die Lösung der immer gleichen Kernprobleme: Wege zu Anerkennung, Kontrollerleben, sozialen Bezugspersonen, Einbindung in die Gesellschaft und Umgang mit Kränkungen.

Schwere zielgerichtete Gewalt ist immer die allerletzte Option für diese Jugendlichen. Wir müssen ihnen also Alternativen aufzeigen. Das können vor allem Schulpsychologen tun, jedoch auch Lehrer, die das Wohlergehen ihrer Schützlinge ernst nehmen.

Vermeidung weiterer Taten

1) Jugendliche Täter zeigen in Deutschland (wie auch international) eine individuell ausgeprägte Gemengelage aus akuten und im Vorfeld negativ durchlebten Krisen, Schwierigkeiten bei der Verarbeitung problematischer Lebensereignisse, Waffenzugang und der subjektiven Wahrnehmung, dass es sich bei ihrer beabsichtigten Gewalttat um eine gerechtfertigte Lösung ihrer Probleme handelt. Ein eindeutiges Profil im Sinne einer Checkliste zur Identifikation von Amoktätern lässt sich auf dieser Basis nicht erstellen und ein Versuch dies zu tun, muss als gefährlich angesehen werden.

2) Es gibt jedoch erkennbare psychologische Charakteristika, die gehäuft auftreten und zumeist aus einer Mischung von depressiver Symptomatik und Verzweiflung, Kränkbarkeit und Größenfantasien bestehen. Dieses Muster einer narzisstischen Problematik ist oft zu subtil, um es zweifelsfrei zur Früherkennung zu nutzen. Fallen jedoch weitere Verhaltensweisen, wie etwa Drohungen, eine Vorliebe für Waffen und Faszination für Gewaltanwendung sowie andere Bestandteile des Leakings auf, dann ist eine psychologisch-psychiatrische bzw. pädagogische Intervention unabdingbar. Dabei müssen die vorhandenen Informationen vertieft, Grenzen verdeutlicht und Hilfestellungen aufgezeigt werden. Ein Jugendlicher muss nach dieser Intervention davon überzeugt sein, dass sich seine Probleme ab diesem Zeitpunkt mit Hilfe von erwachsenen Bezugspersonen auch ohne Gewaltanwendung lösen lassen.

3) Warnsignale können im Verhalten und in der Kommunikation erkannt werden. Relevant ist es stets, nicht nur einzelne Verhaltensweisen, sondern das zugrunde liegende Muster zu erkennen. Problematische Entwicklungen müssen rechtzeitig erkannt werden, denn schwere zielgerichtete Gewalttaten bilden stets den Endpunkt eines krisenhaften Prozesses. Die Stützung und Krisenlösung sollte für Schüler umgehend in Gang gesetzt werden, sobald ihre Verhaltens- und Kommunikationsweisen auffällig geworden sind.

4) Schulische Krisenteams eigenen sich hervorragend, um Schulen für solche Warnsignale zu sensibilisieren und um in lokalen Netzwerken deeskalierend auf auffällig gewordenen Schüler einwirken zu können. Die Einrichtung und Fortbildung eines solchen Krisenteams ist Schulen daher in hohem Maße anzuraten.

Frank J. Robertz, Jens Hoffmann und Karoline Roshdi

Das Buch zum Thema

Vor anderthalbem Jahr ist das erste umfassende deutschsprachige Fachbuch über Amokläufe durch Jugendliche an Schulen erschienen und beweist nach der Tat von Winnenden erneut seine gespenstische Aktualität. Erfreulicherweise wendet es sich nicht nur an Wissenschaftler, sondern ist vor allen Dingen für Praktiker im Feld der Gewaltprävention, Krisenintervention und Strafverfolgung geschrieben worden. So bleibt es nicht bei Analysen der Täterpersönlichkeiten, ihres Lebensumfeldes und der Rolle ihrer Gewaltphantasien, sondern der Leser wird auch lösungsorientiert durch Arbeitsmaterialien und Checklisten bei der Prävention und Intervention unterstützt.



Wissenschaftliche Studien wie auch erprobte Umgangsformen sind von den beiden Autoren des Berliner Instituts für Gewaltprävention und angewandte Kriminologie (IGaK) auch deswegen zusammengetragen worden, um den Leser bei einer realistischen Gefahreinschätzung und -vorbeugung zu unterstützen. So wird z. B. auf die Unterscheidung zwischen substantziellen und flüchtigen Drohungen eingegangen und Anregungen für angemessene Interventionen gegeben.

Der Einfluss neuer Medien in Form von Filmen, Musik, Internet und Computerspielen wird in diesem Rahmen ebenso erläutert wie die Rolle der Berichterstattung in Bezug auf Nachahmungstäter und Trittbrettfahrer. Unterstützt werden die Verfasser dabei zusätzlich durch weitere Experten, die Wissen aus ihren jeweiligen Spezialgebieten beisteuern. So finden sich praxisorientierte Beiträge von Peter Hehne (Kriminalist), Georg Pieper (Traumatherapeut), Jens Hoffmann (Kriminalpsychologe) sowie Aida Lorenz (Schulpsychologin).

Der Riss in der Tafel – Amoklauf und schwere Gewalt in der Schule, Frank J. Robertz, Ruben Wickenhäuser, Springer Medizin Verlag Heidelberg, 2007, 246 Seiten, 29,95 Euro, ISBN 978-3-540-71630-3





Haftung für Polizeidiensthund

Wenn ein Hund von einem Polizeibeamten geführt wird, handelt es sich um einen Diensthund im Sinne des Haftungsrechts, was bedeutet, dass der Dienstherr des Beamten, also der Bund oder ein Bundesland, den durch das Tier verursachten Schaden ersetzen muss. Es gilt hier die allgemeine Regelung: Danach ist Tierhalter, wer die Bestimmungsmacht über das Tier hat, aus eigenem Interesse für die Kosten des Tieres aufkommt, den allgemeinen Wert und Nutzen des Tieres für sich in Anspruch nimmt und das Risiko seines Verlustes trägt.

Nun wird ein Diensthund von einem Beamten betreut und beaufsichtigt. Dies geschieht jedoch nicht aus eigenem Interesse, sondern im Zusammenhang mit der dienstlichen Tätigkeit des Beamten. Auch den Wert und Nutzen des Tieres nimmt nicht der Beamte persönlich für sich in Anspruch, sondern sein Dienstherr. Der Dienstherr wird daher als Halter des Diensthundes angesehen.

Zur Schadenshaftung kommt es dann, wenn der Beamte nicht beweisen kann, dass er bei der Beaufsichtigung des Tieres die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden wäre. Das falsche Verhalten des Beamten als Diensthundeführer muss sich der Dienstherr zurechnen lassen. Diese Auffassung hat das **Oberlandesgericht Brandenburg im Urteil vom 13.10.2008 – 1 U 2/08** – vertreten. In dem konkreten Fall stand nicht fest, dass der Beamte den Diensthund am Halsband festhielt und der Angriff von einem anderen Hund ausging. Vielmehr war offen, ob sich der Vorfall in dieser Weise zutrug und ob

die Beißerei dadurch zustande kam, dass beide Hunde unangeleint waren, sich aufeinander stürzten und ineinander verbissen hatten. Der Hundeführer musste eben jederzeit in der Lage sein, den Hund so weit von anderen fernzuhalten, dass er diese nicht gefährden kann.

Der Halter des anderen Hundes musste sich jedoch die von seinem Tier ausgehende, für den Schaden mitursächliche Tiergefahr und ein eigenes mitwirkendes Verschulden anrechnen lassen, so dass der andere Hundehalter für den Tierschaden dann nicht in vollem Umfang Schadensersatz erhält.

Dr. Otto



Berufsunfähigkeitsversicherung für Beamte

Ein Beamter hatte eine Berufsunfähigkeitsversicherung mit folgender Klausel abgeschlossen: „Für Beamte im öffentlichen Dienst auf Lebenszeit, auf Widerruf oder auf Probe gilt die Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit und begrenzter Dienstunfähigkeit ausschließlich aus gesundheitlichen Gründen als vollständige Berufsunfähigkeit“. Als der Beamte dann aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt worden war, beanspruchte er die Zahlung der vereinbarten monatlichen Rente, was begründet war, da die Klausel eine unwiderlegbare Vermutung enthielt, so dass die Versicherung weder den Eintritt der Berufsunfähigkeit prüfen, noch den Versicherten auf eine andere Tätigkeit verweisen konnte, solange die Pensionierung aufrechterhalten blieb.

Der Versicherung war es verwehrt, die Dienstunfähigkeit selbst zu überprüfen. Sie hatte diese Entscheidung im Rahmen ihres Leistungsangebots getroffen. Unerheblich war der Hinweis der Versicherung, die Pra-

xis bezüglich der Pensionierung im öffentlichen Dienst hätte sich geändert (**Urteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe vom 4.3.2008 – 12 U 206/07 –**).

Dr. Otto



Arbeitnehmersvertreter müssen ins Internet kommen können

Ein Arbeitgeber darf es seinem Betriebsrat nicht verweigern, einen Computer für den Zugang zum Internet freizuschalten. Die Informationsquelle Internet wird zur sachgerechten Wahrnehmung der Aufgaben der Arbeitnehmervertreter benötigt. Ist das Freischalten des PC ohne Weiteres möglich, so kann der Arbeitgeber nicht argumentieren, die für die Betriebsratsarbeit benötigten Informationen seien auch anders zu beschaffen. Auch sei nicht entscheidend, auf welche Weise der Arbeitgeber das Internet nutze.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, 17 TaBV 607/08

W.B.



Großeinsatz setzt neue Maßstäbe

Als sie von Straßburg her die Rauchfahnen am Himmel sahen, hatten die Baden-Badener ihren Frieden mit der massiven Polizeipräsenz in ihrer sonst so beschaulichen Stadt gemacht und dass ihre Läden heil blieben, tröstete die ortsansässigen Geschäftsleute über die massiven Umsatzeinbußen an diesem denkwürdigen Tagen hinweg. Auf der anderen Seite des Rheins hingegen: Straßenschlachten, Plünderungen, Brandbomben. Zum Abschluss des Nato-Gipfels versank Straßburg in einer Welle der Gewalt.

Die Sicherheitsbilanz des Doppelgipfels in Kehl und Straßburg, mit dem die Nordatlantikvertrag-Organisation (NATO) Anfang April ihr 60jähriges Bestehen gefeiert hatte, zeigt ein zwiespältiges Bild. GdP-Bundsvorsitzender Konrad Freiberg: „Die schweren Auseinandersetzungen, die den NATO-Gipfel in Straßburg überschatteten, haben die polizeilichen Maßnahmen auf deutscher Seite bestätigt. Wir können mit Berechtigung sagen, dass die deutsche Polizei mit ihrem Konzept zum Schutz von Staatsgästen, der Gewährleistung des Demonstrationsrechts und der konsequenten Verfolgung von Gewalttätern erfolgreich ist. Es ist jetzt notwendig, dass auf europäischer Ebene ein Konsens in der polizeilichen Strategie bei gemeinsamen Großlagen gefunden wird.“ Auch Baden-Württembergs Polizeipräsident Erwin Hetger forderte angesichts der schweren Krawalle in Straßburg eine bessere internationale Zusammenarbeit.

Die Krawalle in Straßburg hatten schon am Morgen des 4. April begonnen, nachdem am Vortag die Ankunft und Zeremonien der Staatsgäste auf deutscher Seite reibungslos verlaufen waren. Die Polizei in Straßburg ging mit Tränengas, Wasserwerfern, Gummigeschossen und so genannten Schock-Granaten gegen die nach Angaben des französischen Innenministeriums rund 2.000 gewaltbereiten NATO-Gegner vor. Diese hatten Steine geworfen, Barrikaden errichtet und die Polizei mit Holzpflocken attackiert. Auch Schusswaffen sollen sichergestellt worden sein.

Wie im Kino aus der ersten Reihe verfolgten deutsche Einsatzkräfte an der deutsch-französischen Grenzlinie auf der Mitte der Brücke von Kehl nach Straßburg, wie sich wenige Meter weiter der Mob austobte, austoben konnte. Sie trauten ihren Augen nicht, als ein altes Zollhaus, ein Hotel, ein Tourismusbüro, ein Supermarkt, eine Tankstelle und eine Apotheke in Flammen aufgingen und stundenlang brannten. Der SWR berichtete: „Nachdem weder die französische Polizei noch die Feuerwehr reagierten, schickte die deutsche Polizei erst Wasserwerfer und dann Feuerwehrfahrzeuge zum Löschen auf die französische Seite. Vor den Attacken militanter Gegner mussten sich Straßburger Feuerwehrlaute sogar vorübergehend ins deutsche Kehl retten. Weil sie von gewalttätigen Demonstranten angegriffen wurden, ergriffen sie mit 25 Feuerwehrgewagen die Flucht über die Europabrücke und suchten den Schutz der deutschen Polizei.“ In einer Meldung der Landespolizeidirektion Freiburg heißt es dazu knapp: „Aktuell unterstützt die deutsche Polizei ihre französischen Kollegen. Wasserwerfer sind nach Absprache mit den französischen Behörden über die Grenze vorgerückt und löschen das brennende Gebäude.“

Eine Korrespondentin des „Stern“, die in dem Chaos auf der anderen Rheinseite in dem Gebäude zunächst Schutz gesucht hatte, gegenüber der GdP: „Das Hotel stand keineswegs leer, die Betten waren gemacht, Personal befand sich darin. Als das Haus brannte, versuchten die Angestellten über den Notruf die Polizei





Die komplette Sporthalle belegte die Hauptbefehlsstelle der BAO Atlantik in der Akademie der Polizei Baden-Württemberg in Freiburg.

zu erreichen. Als es endlich gelang, wurde ihnen gesagt, man hätte gerade Wichtiges zu tun.“

Inzwischen hat die Kritik am Einsatz der Polizei in Straßburg auch die französische Öffentlichkeit erreicht. Während Präsident Sarkozy die „zurückhaltende Strategie“ der französischen Einsatzkräfte verteidigte, verlangt der sozialistische Bürgermeister von Straßburg eine kritische Untersuchung des Polizeieinsatzes. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Wir wissen aus der Erfahrung des Gipfels in Heiligendamm, dass der so genannte Schwarze Block jeden Spielraum nutzt, den man ihm lässt. Es war daher richtig, mit umfangreichen Vorkontrollen zu verhindern, dass in das Einsatzgebiet auf deutscher Seite Gewalttäter eindringen und Waffen eingeschleust werden konnten. Die massive Präsenz der Polizeien der Länder und des Bundes haben den Autonomen signalisiert, dass ihnen kein Meter Boden überlassen wird.“

Auch dafür hatten die rund 16.000 Polizisten aus Bund und Ländern, darunter rund 8.100 baden-württembergische Beamte, in rund 500.000 Arbeitsstunden bei diesem größten Polizeieinsatz in der Geschichte des Landes gesorgt. Der Einsatzstab der BAO „Atlantik“ in Freiburg mit dem Leitenden Kriminaldirektor und Leiter der Landespolizeidirektion Freiburg, Bernhard Rotzinger an der Spitze, tat zudem alles, damit die Kolleginnen und Kollegen ihre Aufgaben erfüllen konnten. Jörg Radek, im GdP-Bundesvorstand zu-

ständig für Großeinsätze: „Die Fürsorge für die eingesetzten Beamtinnen und Beamten war vorbildlich.“ An den Einsatztagen waren Personalräte und Funktionsträger der GdP aus den entsendenden Bundesländern, der Bundespolizei und des GdP-Landesbezirks Baden-Württemberg



Berichtet spannende Details aus dem Einsatzgeschehen: Ltd. Kriminaldirektor Bernhard Rotzinger Leiter der BAO Atlantik (2.v.l.) im Gespräch mit der GdP-Delegation. Fotos: Rüdiger Holecek

ebenfalls rund um die Uhr im Einsatz. „Die Planungsstäbe haben Enormes geleistet, auch, damit unsere Kolleginnen und Kollegen gut untergebracht und gepflegt werden“, so Rüdiger Seidenspinner, stellv. Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Baden-Württemberg, der mit seinen Kolleginnen

und Kollegen Einsatzgeschäftsstellen eingerichtet hatte, „... die als Anlaufpunkte für Hinweise, Kritik und Fragen dienten. Den Vorständen und Personalräten aus anderen Bundesländern, standen sie als Basis für die Betreuung ihrer Kräfte zur Verfügung und auch den Medienvertretern als Informationspunkte offen“, so Seidenspinner.

„Wir essen gut und wir schlafen gut“ lautete die Parole der BAO Atlantik. Hans-Martin Berl von der 4. BPA in Lahr, mit seinem Team für die Unterbringungs- und Verpflegungslogistik verantwortlich: „Die Zeiten der Massenlager in Turnhallen und der unausgewogenen Verpflegung sind definitiv vorbei.“ Da Bundes- oder Landesliegenschaften nur in begrenztem Umfang vorhanden waren, mussten die Einsatzkräfte in Gasthäusern, Pensionen, Hotels und Jugendherbergen untergebracht werden, die zudem in zumutbaren Entfernungen zu den jeweiligen Einsatzorten gelegen sein sollten. 1.300 „Objekte“ wurden von den polizeilichen Quartiermachern unter die Lupe genommen, über 1.000 hielten den kritischen Blicken nicht stand. Rund 300 wurden letztlich für gut befunden. Wer in Beherbergungsbetrieben untergebracht war, erhielt in der Regel zwei Mahlzeiten. Zusätzliche Verpflegung wur-

de in Lunchpaketen ausgegeben und auch die konnte sich sehen lassen: gemischt gepacktes Brot, frische Wurst aus der Bio-Metzgerei. Auch die kleinen und großen Vierbeiner, Hunde und Pferde, mussten adäquat untergebracht werden, der Abfall umweltgerecht ent- und ausreichende Toiletten besorgt werden. Jörg Radek: „Seit Jahren arbeitet die GdP an der Verbesserung der Standards für die Einsatzbewältigung. Dieser Einsatz hat neue Maßstäbe gesetzt.“ **Rüdiger Holecek**







Einsatz in Frankreich

Während der Einsatzvorbereitungen zum Nato-Gipfels in Straßbourg, Kehl und Baden-Baden erreichte die Bundespolizeiabteilung (BPOLABT) Sankt Augustin Anfang März ein besonderer Auftrag: Die Abteilung sollte sich auf die Unterstützung der Gendarmerie National (GN) in Frankreich einstellen.

Erste Informationen zum Einsatz in Frankreich wurden durch die BAO Atlantik der Polizei Baden-Württemberg an die Abteilung gesteuert. Es zeigte sich aber sehr schnell, dass für eine gute Vorbereitung persönliche Gespräche mit den französischen Bedarfsträgern als auch mit der BAO Atlantik erforderlich waren – vor allem, weil die Kenntnisse über die Technischen Einsatzhundertschaften (TEHu) der Bundespolizei und deren besonderes Leistungsvermögen bei den Ansprechpartnern nicht in vollem Umfang präsent waren.

Bei einem ersten Informationsgespräch mit den französischen Partnern und Teilnehmern der BAO Atlantik wurden vor allem die Strukturen und besonderen Kenntnissen der TEHu mit ihren technischen Gruppen und der Wasserwerfer-einheit erörtert. Ebenso schnell wurde Einvernehmen über das tatsächliche Kräftekontingent erzielt: ein verkleinerter Führungsstab, zwei Einsatzhundertschaften, eine durch eine WaWe-Einheit und eine weitere TEE verstärkte Technische Einsatzhundertschaft sowie die Komponenten BeDo, Einsatzunterstützung und der polizeiarztlichen Dienst – insgesamt 375

deutschem Recht bestehen, dauert in den Augen der französischen Einsatzführer ein Einsatz so lange, bis er zu Ende ist. Nach Darstellung der deutschen arbeitszeitrechtlichen Bestimmungen musste das Einsatzkonzept der GN an diese angegli-



Bereithalten im Einsatzzentrum: Kräfte der BePo BW

Foto: Ralf Hoffmann, BeDo-Einheit Uelzen

Vereinbart wurde während des Gesprächs auch der Einsatz von Deutsch sprechenden französischen Gendarmen der GN (als Sprachmittler bei polizeilichen Maßnahmen) bis auf Gruppenebene. Die Führung sollte durch die französischen Kommandostrukturen erfolgen, der verkleinerte Stab eine beratende und koordinierende Funktion wahrnehmen, und die technische Komponente direkt durch die GN geführt werden.

chen werden, da die GN zunächst von einer 15-stündigen Mindestverfügbarkeit vor Ort ausgegangen war.

Da für eine möglicherweise notwendigen Zwanganwendung durch deutsche Polizeikräfte in Frankreich der Prümer Vertrag und seine Anwendungserweiterung nicht herangezogen werden konnte, wurde als Lösung die Zwanganwendung auf Anordnung und nach Maßgabe der Polizeiführung in Absprache mit den Sprachmittlern vor Ort vereinbart.

Der Auftrag für die taktischen Einsatzkräfte sah letztlich vor, dass für die erste „Mission“ Raumschutz am Rhein nördlich Straßbourg zugewiesen wurde. Das Kräftekontingent der Einsatzhundertschaften wurde durch ein „Peloton Intervention“ (vgl. BFE) (bereitgestellt im Rücken der eigenen Kräfte als Eingreifkräfte) sowie einen Hubschrauber mit Wärmebildkamera und Scheinwerfer ergänzt. Der Abschnitt reichte vom Rheinkilometer 301 bis 309 und bis zu zwei Kilometer in das französische Inland und war vom 3. auf den 4. April für die Dauer von 26 Stunden zu schützen. Damit sollte ein Einbringen

Die französischen Bedarfsträger luden zu einer weiteren Einsatzbesprechung nach Straßbourg ein, um noch offene Detailfragen zu klären, die Einsatzräume festzulegen und die Rendezvous-Punkte für die Sprachmittler zu verabreden. Da für die

französische GN keine arbeitszeitrechtlichen Schutzvorschriften analog



Grenzschutz einmal anders: Deutsche Bundespolizei bei ihrer klassischen Aufgabe, aber auf französischem Staatsgebiet.

Foto: Marco Rixen, BeDo-Einheit Sankt Augustin

Angehörige der Bundespolizeidirektion Bundesbereitschaftspolizei.



von Booten oder Einsteigen von Tauchern in den Rhein verhindert werden; der Objektschutz ist selbsterklärend. Nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen in diesem Bereich konnte gemeldet werden „Mission erfolgreich beendet“.

Die zweite „Mission“ sah einen Streckenschutzabschnitt südlich von Straßbourg vor – die Abmarschstrecke der Delegationen der N 353 von der Abfahrt Eschau bis zur Brücke „Pierre Pflimlin“ auf französischer Seite. Auch hier konnte gemeldet werden: „Mission erfolgreich beendet“.

Bei beiden Einsätzen kam es nicht zum erwarteten Störerkontakt. Es wurden lediglich Identitätsüberprüfungen erforderlich.

Allerdings musste die 3.TEE (WaWe) der BPOLABT Hünfeld am 3.4.2009 in den Abendstunden u. a. im Straßbourger Stadtteil Neuhof aktiv werden. Hier wurden nach dem Anzünden einer Barrikade französische Polizeieinheiten mit Steinen beworfen und mit Glaskugeln beschossen. Die GN setzte Reizgas- und Schock-

granaten ein. Nach Freigabe durch den französischen Polizeiführer kam es zum Wassereinsatz ohne Beimischung von Reizstoff. Der Einsatz insgesamt erfolgte sehr statisch, streng nach französischen Einsatzphilosophien.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass dieser Einsatz der Bundespolizeidirektion Bereitschaftspolizei ein besonderer war: Die Zusammenarbeit mit der französischen GN erwies sich als sehr kooperativ und war von gegenseitigem Vertrauen und Verständnis geprägt. Sowohl von der Polizeiführung als von den Einsatzkräften wurde der Einsatz als erfolgreich bewertet – ein weiterer



Letzte Vorbereitungen – kurz vor der Wasserabgabe

Foto: WaWe-/SW-Einheit STA

wichtiger und richtiger Schritt zu einem gemeinsamen Europa auf dem Sektor der inneren Sicherheit.

Harald Reschke,
Kreisgruppe Sankt Augustin

DIGITALFUNK

Berlin bekommt Motorola-Endgeräte

Motorola hat die Endgeräte-Ausschreibung für den digitalen Behördenfunk in Berlin gegen mehrere Mitbewerber gewonnen. Das Land Berlin bestätigte die Bestellung von 1.000 TETRA-Digitalfunkgeräten inklusive Zubehör. Rund 750 Funkgeräte werden an die Polizei verteilt, die für den Bezirk Mitte zuständig ist. Etwa 250 Geräte gehen an die Feuerwehr. Im Auftragsvolumen ebenfalls enthalten sind verschiedene Serviceleistungen wie Wartung und Training.

Das Land Berlin hat sich für das kompakte, leichte Handfunkgerät MTP850 und das Mobilfunkgerät CM5000 entschieden. Beide Geräte sorgen für eine sichere und zuverlässige Sprach- und Datenkommunikation unter schwierigsten Einsatzbedingungen. Sie verfügen über ein großes grafisches Farbdisplay sowie einen integrierten WAP-Browser für den sicheren Zugriff auf Datenbanken. Ein GPS-Empfänger zeigt automatisch die Position von Einsatzkräften an und gewährleistet somit eine optimale Einsatzplanung.

Das Mobilfunkgerät CM5000 ist mit Direct Mode Operation-Gateway und Repeater-Funktionalität ausgestattet und erweitert den Nutzungsbereich des Digitalfunknetzes auf Standorte mit geringer Digitalfunkversorgung. Weiterhin verfügt das CM5000 über eine große Auswahl von Einbaumöglichkeiten und lässt sich leicht

in Fahrzeuge, Motorräder und Leitstellen aller Art integrieren. Eine Besonderheit ist



Mit dem Handfunkgerät MTP850 und dem Mobilfunkgerät CM5000 wird Motorola die Berliner Polizei und die Berliner Feuerwehr ausstatten.
Collage: Horst Müller

der Einsatz von Migrationslösungen, die den parallelen Betrieb von zwei analogen sowie zwei digitalen TETRA-Mobilgeräten unterstützen.

„Nach einer technischen Evaluierung aller Angebote, umfangreichen Gerätetests und einer genauen Analyse der Kosten haben wir uns für Motorola entschieden“, erläutert Dr. Charlotta Flodell, Projektleiterin Digitalfunk BOS bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Berlin. „Motorola hat eine lange Tradition in der Funktechnologie und ist ein führender Anbieter von TETRA-Digitalfunklösungen. Wir sind zuversichtlich, dass Motorolas TETRA-Endgeräte den Bedürfnissen unserer Einsatzkräfte im Bereich der öffentlichen Sicherheit entsprechen.“

Zu den im Auftrag vereinbarten Serviceleistungen gehören u. a. Schulungen, in denen Motorola mit den zukünftigen Nutzern den Gebrauch der neuen TETRA-Digitalfunkgeräte trainiert. Zudem übernimmt das Unternehmen die Reparatur und die Wartung der Produkte. Im Service-Bereich kooperiert Motorola mit seinem Berliner BOS-Partner Niemann Elektronik.

Horst Müller





60 Plus ohne Fahrtauglichkeits-TÜV

Teil II des Berichts vom diesjährigen Verkehrsgerichtstag befasst sich mit dem Thema Senioren am Steuer und mit Reformplänen für die Verkehrsünderdatei (Arbeitskreise).

Im Teil I (DP 4/09) ging es um die Diskussionen in den Arbeitskreisen I bis IV und den daraus resultierenden Empfehlungen.

AK VI: Befristung und Beschränkung der Fahrerlaubnis

Ein Viertel aller Pkw-Besitzer ist über 60 Jahre alt. Mobil bis ins hohe Alter sein zu können, ist ein unverzichtbares Grundbedürfnis in einer alternden Gesellschaft. Für ältere Menschen ist die Verkehrsteilnahme als Kraftfahrzeugführer aber eine besondere Herausforderung, da die Anforderungen sehr komplex sind und ein hohes Maß an Fertigkeiten erfordern. Überdies begründet ein meist wenig Rücksicht nehmendes bzw. die Probleme der Senioren verkennendes Verhalten jüngerer Verkehrsteilnehmer einen Großteil der Seniorenunfälle – und auch einen Großteil der Mobilitätsqualität.

Die Mehrheit der Länder in Europa befristet bereits die Gültigkeit des Führerscheins. Die Altersgrenzen variieren häufig zwischen dem 60. und 70. Lebensjahr. Danach wird eine wieder zeitlich befristete (z. B. in 1- oder 5- Jahresstufen) Verlängerung von einer (zumeist grob körperlichen Untersuchung) abhängig gemacht¹.

Die dritte EU-Führerscheinrichtlinie soll dazu führen, dass ab 2013 eine Beschränkung der Gültigkeitsdauer von Fahrerlaubnissen auf längstens zehn bis 15 Jahr folgt. Einige Experten halten die Neuerung für einen Fortschritt, der eine höhere Verkehrssicherheit bewirken könnte. Denn hierbei eröffnet sich die Möglichkeit ärztlicher Kontrollen und sonstiger Maßnahmen zur Prüfung der Fahrfähigkeit. Das zielt insbesondere auf gesundheitliche Eignungstests für ältere Kraftfahrer ab.

Senioren, die gesundheitlich nicht mehr sicher in der Lage sind, ein Kraftfahrzeug zu lenken, würden durch eine – wie auch immer geartete – erneute Führerscheinprüfung ihre Fahrerlaubnis verlieren. Professor Wolf-Dieter Oswald von der Universität Erlangen-Nürnberg hielt dagegen die Argumentation, Senioren seien im Straßenverkehr ein Sicherheitsrisiko, für nicht stichhaltig. Denn ältere Menschen hätten nicht mehr Unfälle als jüngere Autofahrer.

Die Aufrechterhaltung der Kompetenz des Einzelnen zum Führen eines Kraftfahrzeuges werde „gerade im höheren Alter auch durch zahlreiche Kompensationsmöglichkeiten unterstützt“, berich-



tete der Direktor des Instituts für Psychogerontologie Oswald. Auch wegen sehr hoher intraindividuellem Unterschiede könne „das chronologische Alter nicht als Indikator für einen Leistungsabbau“ angesehen werden.

Prof. Dr. Egon Stephan von der Universität Köln sah es als rechtlich unverhältnismäßig an, wenn man „alle Menschen jenseits der 60 oder der 70 unter einen Generalverdacht stellen“ und ihnen die Fahrerlaubnis aufgrund des Alters einschränken oder verweigern würde. Er forderte die Fahrerlaubnisbehörden vielmehr dazu auf, wenn es zu Auffälligkeiten gekommen ist, aus Gründen des Übermaßverbots vermehrt von differenzierten Auflagen und Beschränkungen Gebrauch zu machen. Vor einer Entziehung der Fahrerlaubnis könnten beispielsweise der Ausschluss von Fahrten auf der Autobahn oder bei Dunkelheit sowie eine Beschränkung von Fahrten auf den gut vertrauten

eigenen Wohnort (sog. Regionalführerschein) eine angemessene Lösung sein.

Der Obergutachter des Landes NRW für die Beurteilung der Kraftfahreignung Stephan betrachtete den modernen Straßenverkehr als ein Gesamtsystem, in dem – nicht nur bei Senioren – ständig ein gegenseitiger Ausgleich von alltäglichen Fahrfehlern stattfindet. Jedem Verkehrsteilnehmer, auch dem erfahrenen und leistungsfähigen, unterlaufen immer wieder Fahrfehler, die durch andere gerade besonders aufmerksame und rücksichts-

volle Verkehrsteilnehmer ausgeglichen werden“, führte der Verkehrspsychologe aus. Dies seien Reaktionen wie beispielsweise Bremsen, obwohl man Vorfahrt habe, Beschleunigen, um eine Lücke zum Einscheren eines anderen Fahrers zu schaffen oder auch ein warnendes Hupen. Daher würde z. B. häufigeres Hupen anderer regelmäßig als ein deutliches Indiz für nicht unerhebliche Leistungsdefizite des angehupten Fahrers zu bewerten sein.

Derjenige, dessen Fahrfehler in einer Situation ausgeglichen wurde, gleiche aber grundsätzlich seinerseits in anderen Situationen die Fahrfehler anderer in ähnlicher Weise aus. Das heiße, so Stephan: jm Hinblick auf die unvermeidlichen gelegentlichen Fahrfehler herrscht ein ständiges Geben und Nehmen zwischen den Verkehrsteilnehmern. „Wenn unter dieser Bedingung aber der Anteil jener Verkehrsteilnehmer wachse, die keine Leistungsreserven haben, die also „meist oder ständig an ihrem persönlichen

Leistungslimit fahren“, kann der wechselseitige Fehlerausgleich nach Stephans Einschätzung nur noch schwer gelingen.

Der Anteil derjenigen Verkehrsteilnehmer, die nicht mehr dazu in der Lage sind, die immer wieder vorkommenden Fehler anderer Verkehrsteilnehmer zu kompensieren, dürfte in den nächsten Jahren mit dem wachsenden Anteil der Seniorinnen und Senioren an der Gesamtheit der Verkehrsteilnehmer noch erheblich zunehmen. Dennoch sagte der Verkehrsgerichtstag im Ergebnis

schließlich „Nein“ zum obligatorischen Mobilitäts-Check und Führerschein auf Zeit für ältere Autofahrer. Das würde bedeuten, dass ihnen künftig nicht, wie von vielen befürchtet, der Führerschein aufgrund des Alters oder körperlicher Gebrechen anlassfrei entzogen werden kann. Es gebe keinen empirisch gesicherten Zusammenhang zwischen Alter, Gesundheitszustand und der Unfallhäufigkeit, befand der Verkehrsgerichtstag.

AK VII: Probleme mit den Punkten

Nach gesicherter Erkenntnis² steigt die Unfallwahrscheinlichkeit mit der Zahl der Eintragungen im Flensburger Sündenregister — und das unabhängig von der Schwere der Zuwiderhandlungen. Durch die Information wird sichergestellt, dass die Fahrerlaubnisbehörden die vorgesehe-

nen Maßnahmen bis hin zur Entziehung der Fahrerlaubnis treffen, damit keine ungeeigneten Kraftfahrer am Straßenverkehr teilnehmen.

Doch deutsche Autofahrer punkten



immer öfter. Für fast 9 Mio. von ca. 53,5 Mio. Fahrerlaubnisinhabern werden derzeit Eintragungen in Flensburg geführt, berichtete der zuständige Abteilungsleiter des Kraftfahrt-Bundesamtes, Bodo Bronnmann. Erkennbar sei, dass trotz deutlicher Steigerungsrate bei den eingetragenen Personen, u. a. durch verstärkte Kontrollen sowie neuer Tatbestände wie z. B. das Handyverbot oder Umweltzonen, „die Anzahl der durch (fahrerlaubnisbehördliche) Maßnahmen betroffenen Personen relativ stabil“ sei. Dies gelte für sämtliche aus vorhandenen Eintragungen erfolgten Schritte, insbesondere jedoch für die Entziehungen.

Eine Reform des für alle Beteiligten äußerst komplizierten Mehrfachtätersystems in Flensburg ist nach einheitlicher Auffassung des Verkehrsgerichtstages dringend erforderlich. Die

Lösung soll gesucht werden durch verschiedene Vereinfachungen, u. a. durch Abschaffung der Tilgungshemmung und der Überliegefrist. Letztere dient bisher dazu, Sachverhalte, deren Rechtskraftdatum nach der Tilgungsfrist, aber deren Tatdatum vor der Tilgungsfrist lag, im Hinblick auf eine evtl. erforderliche Tilgungshemmung korrekt beurteilen zu können. Nach Modellrechnungen wird eine Vereinfachung des Registers erwartet, bei der im System etwa die gleiche Anzahl der betroffenen Personen erhalten bleibt.

Ab Erreichen einer Schwelle von acht Punkten soll das Kraftfahrt-Bundesamt künftig die Fahrerlaubnisbehörden über jede weitere Eintragung unterrichten, damit dort mit Augenmaß festgestellt werden kann, ob weitere Überprüfungen der Eignung erforderlich sind. Der Verkehrsgerichtstag hat überdies empfohlen, bereits in jedem einzelnen Bußgeldbescheid dem Betroffenen mitzuteilen, welche Punktebewertung mit der Zuwiderhandlung verbunden ist.

Da es bisher keine wissenschaftlichen Untersuchungen über die Wirkung oder Effizienz des Mehrfachtätersystems gibt, sprach sich der Verkehrsgerichtstag auch für Evaluierung des Verfahrens im Hinblick auf die Verkehrssicherheit aus.

Peter Schlanstein

Fußnoten:

1 J. Kubitzki, T. Janitzek (Allianz Zentrum für Technik, Ismaning, und European Transport Safety Council, Brüssel), Sicherheit und Mobilität älterer Verkehrsteilnehmer, Allianz Deutschland AG, München, Februar 2009.

2 Schade, Risikogruppen im VZR als Basis für eine Prämiendifferenzierung in der Kfz Haftpflicht, Berichte der Bundesanstalt für Straßenwesen, Heft M 159, 2004, S. 38 f., 45 f., 50.



Die Männermilieus driften auseinander

Wie sehen Männer heute ihre Rolle in verschiedenen Lebensbereichen? Welche Einstellungen herrschen bei ihnen vor und wie haben sie sich in diesen Punkten in den letzten Jahren „entwickelt“? Der jüngste Forschungsbericht „Männer in Bewegung“ spiegelt die Sicht der Männer wider.

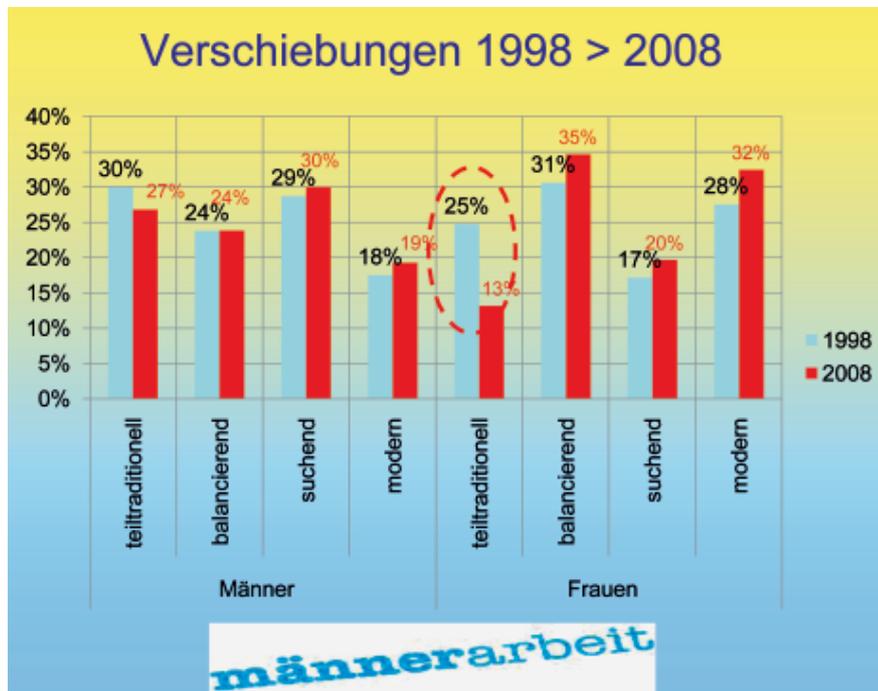
Thomas Gesterkamp sprach mit Rainer Volz, einer der beiden Autoren der Studie.

1998 erschien die erste Männerstudie im Auftrag der beiden großen christlichen Kirchen. Was hat sich seither getan?

Die neuen, modernen, partnerschaftlichen Männer haben sich wenig verän-

In den letzten Jahren war viel von den „neuen Vätern“ die Rede. Hat dieses Phänomen eine empirische Grundlage?

Vor zehn Jahren war das Väterthema ein exotisches Thema, inzwischen wird es



dert. Verändert haben sich dagegen die Männer, die wir vor zehn Jahren als „Traditionelle“ bezeichnet haben – für die klar war, der Mann ist draußen in der feindlichen Welt und arbeitet, die Mutter und Frau ist zu Hause. Da hat sich ein Wandel vollzogen: Die Berufstätigkeit von Frauen und auch von Müttern wird stärker anerkannt, wird nicht mehr als etwas Negatives betrachtet. Auch die traditionellen Männer haben sich sozusagen modernisiert, sie haben sich neueren Vorstellungen angenähert.

Wichtige Begründung dafür ist, dass diese Männer anerkennen, dass für die Familie, für den Haushalt ein zweites Einkommen notwendig ist.

breit diskutiert. Väter dürfen endlich so sein, wie sie sein wollen. Das ist ein enormer Fortschritt, und auch eines der erfreulichen Ergebnisse unserer Befragung. Vorneweg, die Männer machen insgesamt weniger als die Frauen im Bereich von Kindererziehung. Aber dahinter verbirgt sich, dass die modernen Männer deutlich mehr machen als vor zehn Jahren. Moderne Väter leben tatsächlich das, was sie von sich meinen, dass sie fürsorgliche, aktive Väter sind. Die Kehrseite ist, dass die traditionell eingestellten Männer sogar noch etwas weniger machen als 1998. Und auch bei der Pflege älterer Angehöriger – ein Themenbereich, den wir neu untersucht haben – sind die Männer zurückhaltender

als die Frauen: Rund ein Drittel sieht Pflege nicht als ihre Aufgabe an. Groß ist die Besorgnis, dadurch die eigene Berufstätigkeit zu gefährden. Männer drücken die Angst vor Überforderung stärker aus als Frauen.

Wie sieht es bei der Hausarbeit aus?

Wir können zeigen, dass es Tätigkeiten gibt, die stärker von den Frauen, und andere, die stärker von den Männern erledigt werden. Auf der Frauenseite finden wir in der Tat mehr sorgende Tätigkeiten rund um das Essen, auch Putzen und Spülen. Auf der Seite der Männer finden wir stärker die Rahmenbedingungen: Reparaturen im und am Haus, die bürokratischen Tätigkeiten. Insgesamt machen Männer nach wie vor weniger als Frauen im Haushalt. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass der überwiegende Teil der Männer nach wie vor in Vollzeit erwerbstätig ist. Und bei den Frauen ist das eben ein wesentlich kleinerer Prozentsatz.

Rainer Volz, Jahrgang 1950, ist Sozialwissenschaftler und Leiter des Zentrums für Männerarbeit der Evangelischen Kirche im Rheinland. Zusammen mit Paul Zulehner, katholischer Theologe in Wien, ist er Autor des Forschungsberichtes „Männer in Bewegung“ über die Einstellungen von Männern zu verschiedensten Lebensbereichen. Empirische Basis waren mündliche Gespräche mit 2.020 Bundesbürgerinnen und -bürgern, über 1.200 Männern und (ergänzend) 800 Frauen. Die Interviewpartner der repräsentativen Studie kommen aus allen gesellschaftlichen Milieus, befragt wurden also nicht nur Kirchenmitglieder. Die 400 Seiten starke Untersuchung ist auch als Buch erschienen (Nomos Verlag 2009).



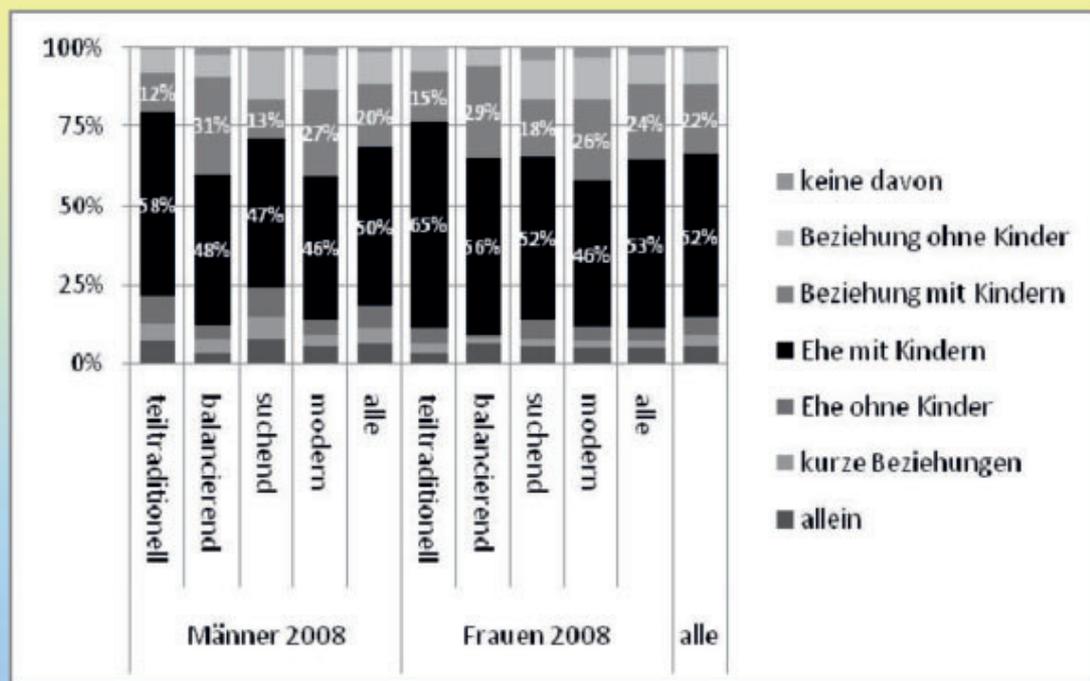
Sie haben vier Männertypen unterschieden ...

Man muss sehen, dass es **die** Männer genauso wenig gibt wie **die** Frauen – also kein einheitliches Bild von Weiblichkeit





Ideale Lebensform



männerarbeit

wurden. Nur zur Erinnerung: In den siebziger Jahren gab es ein klar dominantes Männerbild, das wir in der Forschung als hegemoniale Männlichkeit bezeichnen. In den achtziger Jahren kamen dann erstmals neue, abweichende Männlichkeitsvorstellungen auf. Und vor zehn Jahren konnten wir den modernen Mann zum ersten Mal „dingfest machen“.

Wie definieren Männer und Frauen wechselseitig ihre Geschlechtsidentitäten?

Nach wie vor gilt als „männlich“ eher dominant, selbstbewusst, rational. Und als „weiblich“ gilt gefühlvoll, erotisch, gesellig. Gerade bei dem, was als weiblich gilt, hat sich praktisch nichts verändert. Auch die Unterschiede zwischen den vier Männlichkeitstypen spielen hier kaum eine Rolle. Wenn wir in die tieferen Schichten männlicher (und weiblicher) Identitäten hineingehen, haben wir es mit Sichtweisen zu tun, die einem deutlich langsameren Wandel unterworfen sind.

und entsprechend hat der Anteil der teiltraditionellen Frauen stark abgenommen. Es gibt deutlich mehr traditionelle Männer als traditionelle Frauen, oder umgekehrt: Es gibt deutlich mehr moderne Frauen als moderne Männer. Da kommt ein Problem auf uns zu: Dass nämlich Männer und Frauen weniger adäquate Partner oder Partnerinnen finden. Es ist zu befürchten, dass noch mehr Männer als bisher ungewollt einsam bleiben. Männer und Frauen gehen Beziehungen ein nach dem Grundsatz „Gleich und Gleich gesellt sich gern“. Und es ist einfach schwierig, wenn ein sehr konservativer Mann mit einer modern eingestellten Partnerin den Alltag teilen soll.

Sie haben die Männer auch nach ihrer „Traumfrau“ gefragt...

Das überraschende Ergebnis ist: Deutlich mehr Männer als vor zehn Jahren haben eine Traumfrau. Vor zehn Jahren sagten 40 Prozent, eine Traumfrau gibt es nicht, jetzt sind es nur noch acht Prozent. Auch die Traumfrau hat sich ein Stück modernisiert. Vor zehn Jahren hatten wir die selbstständige, berufstätige Frau unterschieden und die gefühlvoll-erotische. Die Bedeutung der gefühlvoll-erotischen Frau hat abgenommen und die Wertschätzung für die autonome Frau hat zugenommen. Geblieben sind die Zuordnungen: Die eher traditionellen Männer wünschen sich eine anschlussfähige, häusliche, gefühlvolle, verlässliche Frau. Und die modernen

oder Männlichkeit. Wir gehen davon aus, dass rund ein Viertel der Männer traditionell – oder teiltraditionell, wie wir jetzt sagen – eingestellt sind. Rund ein Fünftel, also 20 Prozent der Männer, stufen wir als „modern“ ein. Für dieses Fünftel kann man mit guten empirischen Gründen behaupten: Diese Männer haben sich auf den Weg gemacht, sie sind tatsächlich in Bewegung, wie der Titel unserer Studie sagt. Sie praktizieren eine andere Vaterschaft und eine andere Partnerschaft als ihre traditioneller eingestellten Geschlechtsgenossen. Zwischen diesen beiden „Extremen“ ist ein Männertyp, den wir den „Balancier“ genannt haben, weil er zwischen traditionellen und modernen Seiten in Verhalten und Einstellung hin und her balanciert. Den vierten Typ nennen wir den „Suchenden“, der weder modern noch traditionell eingestellt ist, der sich nicht oder noch nicht festgelegt hat.

Wie hat sich das Zahlenverhältnis dieser vier Typen seit 1998 verändert?

Bei den Männern haben sich die Prozentwerte nur gering verschoben. Bei den Frauen allerdings hat der Anteil der modernen Frauen stark zugenommen –

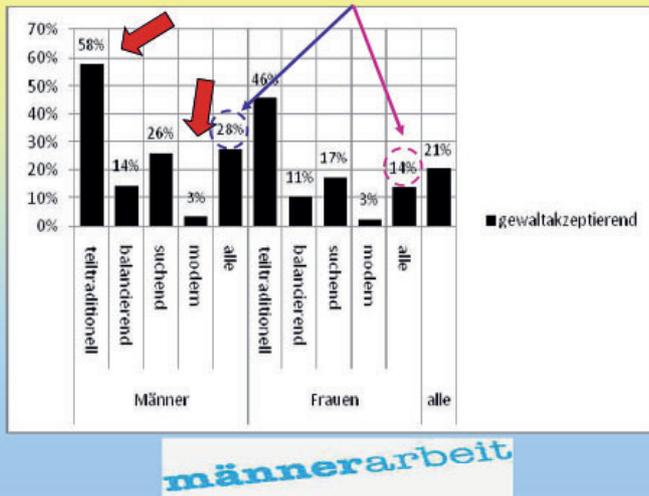
Warum überhaupt diese Typologie?

Es ist ein Gebot der empirischen Redlichkeit, dass man die unterschiedlichen Wirklichkeiten abbildet. Damit stehen unsere Studien durchaus in einer Tradition von Untersuchungen, die von Feministinnen angefangen wurde. Es gab ja in den 1970er und 1980er Jahren bereits Studien über Männer in Deutschland, die von profilierten Soziologinnen wie Helge Pross und Sigrid Metz-Göckel durchgeführt





Gewaltakzeptanz



Männer wünschen sich neben der Attraktivität und Schönheit auch eine intelligente und erwerbstätige Frau.

Wie stehen Männer zu Religion und Kirche?

Insgesamt kann man sagen, Männer sind in den vergangenen Jahren religiöser und kirchlicher geworden. Ihre emotionale Nähe zum Glauben, zur Religion ist stärker geworden. Sie fühlen sich in der Kirche stärker beheimatet als noch vor einem Jahrzehnt. Das Ergebnis ist insofern erstaunlich, weil bei den Frauen die Entwicklung ein bisschen in die andere Richtung lief. Sie sind etwas weniger religiös und kirchlich als noch vor zehn Jahren, allerdings von einem deutlich höheren Niveau aus. Aufs Ganze gesehen, sind Frauen nach wie vor religiöser und kirchlicher als Männer, aber die Abstände sind deutlich geringer geworden.

Wie ist das Verhältnis von Männern zum Thema Gewalt?

Wir haben nach der Akzeptanz von Gewalt gefragt, also danach, ob jemand Gewalt als Form der Kommunikation und der Interessenfindung akzeptiert. Das unerfreuliche Ergebnis ist, dass die Gewaltakzeptanz zugenommen hat. Wir haben hier scharfe Unterschiede zwischen modernen und traditionellen Männern festgestellt. Bei den „Modernen“ ist diese Form von Gewaltakzeptanz fast nicht anzutreffen, bei den „Teiltraditionellen“ dagegen bei fast der Hälfte. Es handelt sich hier nicht um Kleinigkeiten. Hier zwei, drei Statements, die Gewaltakzeptanz definieren: Dazu gehört etwa die Überlegenheit der weißen Rasse vor anderen Rassen, die Überlegenheit der Männer über die Frauen; dazugehört die Meinung, dass man Kinder auch mal schlagen muss, damit sie zur Vernunft kämen; oder auch, dass eine Frau, die vergewaltigt wird, im Zweifelsfalle den Mann provoziert hat.

In engem Zusammenhang damit steht der Autoritarismus: die Einstellung, dass der-

Männern allerdings stärker.

jenige, der oben steht, recht hat, und das nach unten weitergegeben werden muss. Salopp ausgedrückt ist das der Typus des Radfahrers: der nach oben buckelt und nach unten weiter tritt. Dieser Autoritarismus hat bei beiden Geschlechtern zugenommen, bei

Stellen Sie sich eine kommende Männerstudie 2018 vor. Wie ist Ihre Prognose?

Wir sind ja Empiriker und keine Zukunftspropheten, es ist aber zu vermuten, dass die Polarisierung, die wir jetzt festgestellt haben, eher zunehmen wird. Also ein Beieinander von mehr Öffnung, mehr Toleranz, mehr Akzeptieren unterschiedlicher Lebensformen und unterschiedlicher männlicher und weiblicher Identitäten. Und gleichzeitig an manchen Stellen auch ein Rigidwerden, Engwerden. Ich vermute, dass die derzeitige Wirtschaftskrise das noch verstärken wird. Wir werden in den Milieus und Geschlechtergruppen ein stärkeres Auseinanderdriften haben.

BILDUNG

Vereinbarkeit lernen

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrifft keinesfalls nur Familien mit kleinen Kindern. Alle Beschäftigten haben einen Anspruch auf gute Arbeit und eine gute Balance von Erwerbsarbeit und Privatleben. In allen Lebensphasen sollten die unterschiedlichen Lebensbereiche einen angemessenen Platz finden. Vereinbarkeit in der Mitte des Lebens stellt andere Anforderungen als beim Berufseinstieg oder kurz vor der Rente.

Bisher konzentrieren sich die Bildungsangebote zur Vereinbarkeit vor allem auf die Situation junger Eltern und schenken Aspekten wie Pflegeaufgaben, Gesundheit und Übergang vom Berufsleben in die Rente weniger Aufmerksamkeit. Diese Fokussierung auf eine Lebensphase wird mit der Broschüre „Vereinbarkeit in unterschiedlichen Lebensphasen – Ein modulares Schulungskonzept für Bildungsanbieter“ erweitert. Denn eine der größten Herausforderungen in der Entwicklung von familialen Beziehungen ist die Änderung der Lebensverläufe: Längere Lebenserwartungen, höhere Qualifikationen und eine größere Vielfalt von beruflichen und privaten Lebensabschnitten weichen die starre Dreiteilung in Kindheit/Jugend, Erwachsenenalter und Rentenalter auf.

Das DGB-Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!“ hat sich zum Ziel gesetzt, für das Thema Vereinbarkeit zu sensibilisieren und es in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit als Querschnittsthema zu verankern.

In der nun vorliegenden Broschüre werden zehn Module zum Thema vorgestellt. Sie sollen Trainer/innen als Anregung und Anleitung dienen, mit unterschiedlichen

Seminargruppen das Thema



„Vereinbarkeit in unterschiedlichen Lebensphasen“ zu bearbeiten. Die Module sind insbesondere auf die Seminararbeit mit Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes (v. a. Beamte/innen) sowie deren Personalräte bzw. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte ausgelegt, aber problemlos auch auf andere Beschäftigtengruppen übertragbar.

Bestellung/Download über:

www.dgb-bestellservice.de

Homepage des Projektes „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!“:

www.familie.dgb.de

Kontakt und Infos:

E-Mail: sabine.westphal@dgb.de

Telefon: 030-24060-296



Frauen und Männer bei der GdP auch als Rentner und Pensionäre im Geschäft

Wer als Mitglied der Gewerkschaft der Polizei in den Ruhestand geht, sei es als Rentner/in oder Versorgungsempfänger/in, der ist nicht vergessen. Sein Mitgliedsbeitrag reduziert sich ein wenig, so wie seine Bezüge auch, aber die Rechte bleiben die gleichen. Zu diesen Rechten gehören unter anderem Rechtsschutz, Bildung und Information. Die Information kommt in erster Linie von den Kreisgruppen und den Landesbezirken, aber auch durch die Zeitschrift „Deutsche Po-

lizei“. Organisiert sind die GdP-Senioren/innen demokratisch, d. h. von der Kreis- über die Bezirksgruppe bis hin zum Landes- und Bundesseniorenvorstand. Dort werden ihre Interessen wahrgenommen und an die entsprechenden Gewerkschaftsgremien weitergeleitet.

Verantwortlich sind der stellvertretende Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut sowie die Gewerkschaftssekretäre Hans Adams und Dietmar Michael (Bildung). Auf allen Ebenen gibt es unterschiedliche

Angebote. Zur Bildung gehören neben besonderen Informationsschriften auch Seminare und Reisen. Diese Reisen sind oft Informationsveranstaltungen der GdP, so wie die auf Bundesebene angebotenen Seniorenfahrten.

AnsprechPartnerSenioren

Beim Bundeskongress 2002 in Magdeburg wurde ein Antrag von Berlin ange-



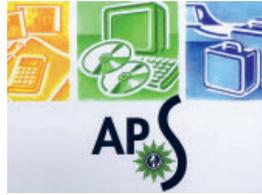
APS – AKTIVPROGRAMM FÜR SENIOREN

nommen, ein „Aktivprogramm für Senioren“ zu erstellen. Dieses Programm wurde erarbeitet, mit den Schwerpunkten Vorsorge, Bildung, Reisen und in Form einer Arbeitsmappe (Aktenordner mit entsprechendem Inhalt) allen Untergliederungen der GdP angeboten.

In weiten Teilen der Republik ist dieses „AktivProgrammSenioren“ (wir erkennen die Abkürzung APS, die auch mit „AnsprechPartnerSenioren“ übersetzt werden kann) auch angekommen und in eine aktive Seniorenarbeit umgesetzt worden. Dazu gehören zum Beispiel Seminare zur „Vorbereitung auf den Ruhestand“, zum Thema „Gesunde Ernährung“ oder „Fit im Alter durch Bewegung“. Alle Organisationen hatten und haben ihre eige-

desländer vorgestellt und überarbeitet.

Bundes-seniorenvorstand und Bundesvorstand haben ihr „OK“ gegeben und so kann beim Bundeskongress 2010 „Vollzug“ gemeldet werden.



APS im Internet

Zwei ganz wichtige Punkte wurden dabei herausgearbeitet. Zum einen ist das Programm so umfangreich, dass es nicht mehr in einem Ordner unterzubringen ist.

Erweiterter Themenkreis

Bei den Multiplikatorenseminaren in Prieros informierte Dietmar Michael die Teilnehmer/innen über Themen, die bisher so noch nicht im APS-Ordner enthalten waren. Dazu gehörten u.a. Sicherheitstipps für Senioren/innen, Patiententipps zu IGeL-Leistungen in der Arztpraxis (Zusatzzahlungen), Checkliste zum Erkennen einer guten Arztpraxis, Sport im Alter (mit verschiedenen Trainingsprogrammen), Anleitung zur Benutzung des Internets, Reisevorbereitungen für Senioren/innen, Unfallfrei leben im Alter und auch das etwas heikle Thema Sex im Alter.

Wenn der Erneuerungsprozess jetzt abgeschlossen ist, dann muss man lernen, mit



nen Vorstellungen, wie man Aktivitäten für Senior/eninnen entwickelt.

Im Laufe der Zeit sind die Unterlagen des APS-Ordners aber in die Jahre gekommen, auch wenn sie hin und wieder aufgrund gesetzlicher Änderungen erneuert wurden.

Pflegeversicherung, Krankenversicherung, Rentenversicherung, Betreutes Wohnen, Erben und Vererben, Vorsorgeverfügungen sind nur einige der Themen, die von der Politik verändert wurden oder im Moment noch in der Veränderung sind. So wurde beim Bundeskongress 2006 beschlossen, das „APS“ zu aktualisieren. Dem ist der Bundesseniorenvorstand nachgekommen und hat sich generell Gedanken gemacht über eine Erneuerung und Verbesserung dieses Programms für Senior/innen. Erste Ideen wurden in Arbeitsgruppen in Prieros entwickelt und dann von Dietmar Michael und Hans Adams umgesetzt. In zwei Multiplikatorenseminaren wurde dieses erneuerte Programm den Seniorenvertretern der Bun-

Die einzige Möglichkeit ist die Veröffentlichung auf der Internetseite der Bundes-GdP, allerdings nur im Bereich für Mitglieder, in den man sich gesondert einloggen muss.

Dort gibt es dann Links auf die verschiedenen Themen und Adressen, wo und wie man sich informieren kann, was man herunterladen kann für eigene Informationsbroschüren, zur Info Seminare oder auch für Reisen. Die zweite wichtige Erkenntnis war, dass man dieses Programm nicht nur den gewählten Seniorenvertretern oder den entsprechenden Bildungsbeauftragten der Senioren/innen zugänglich machen sollte, sondern allen Senioren/innen der GdP. Es ging sogar noch einen Schritt weiter. Das Programm ist nämlich nicht nur für Senioren/innen interessant, sondern eigentlich für alle Mitglieder.

Von daher wurde beschlossen, es zwar als „APS“ weiter laufen zu lassen, es aber allen Mitgliedern im geschützten Bereich zu öffnen.

Stephan Egbert, Signal-Iduna/PVAG, informierte beim Multiplikatorenseminar APS in Prieros über den Aufbau und die Programme dieser Partnerorganisation

Foto: Norbert Weinbach

diesem Programm umzugehen. Das heißt für die Seniorenvertreter/innen auf allen Ebenen, unter Umständen auch PC-Seminare für Senioren durchzuführen. Ältere Mitglieder müssen allerdings auch in Zukunft schriftlich oder mündlich informiert werden, damit sie auf dem Laufenden sind.

Das neue „AktivProgrammSenioren“ zeigt einmal mehr, dass Mitglieder der GdP auch im Ruhestand nicht alleine gelassen werden. Gut informierte aktive Senioren/innen sind in der heutigen Zeit wichtiger denn je, bei allen möglichen Gelegenheiten, ihre Kollegen/innen im aktiven Dienst zu unterstützen nicht nur bei öffentlichen Demonstrationen. Das neue „APS“ zeigt: Die Senioren/innen der GdP gehören nicht zum alten Eisen.

Norbert Weinbach





Sei cool – OHNE Alkohol Neue Kampagne der Jungen Gruppe (GdP)

Die Junge Gruppe (GdP) möchte den Zugriff auf Alkohol durch Jugendliche erschweren. Als junge Polizistinnen und Polizisten sind wir in unserem Dienst regelmäßig mit alkoholisierten Jugendlichen und Heranwachsenden (in einer Altersspanne zwischen 16 und 25 Jahren) konfrontiert. Jede Kollegin und jeder Kollege kennt Situationen, wie sie durch betrunkene Jugendliche häufig verursacht werden:

- Belästigung der Bürger durch öffentliche Trinkgelage
- Randalieren und Sachbeschädigungen
- Selbstschädigung
- Gewaltdelikte

Dass Alkoholkonsum die Bereitschaft zu gewaltsamen Handlungen fördert, wurde mehrfach durch wissenschaftliche Studien belegt. Immer wieder zeigen Forschungsbefunde deutlich den engen zeitlichen Zusammenhang zwischen Alkoholtrinken und aggressivem Verhalten (siehe auch DP 2/09, Seite 27 „Gewaltverhalten unter Alkoholeinfluss“).

Von allen psychoaktiven Drogen wird die Alkoholintoxikation am häufigsten mit Gewaltverbrechen in einen signifikanten Zusammenhang gebracht. – Natürlich auch, weil die Droge Alkohol diejenige ist, die am weitläufigsten verbreitet und am leichtesten zugänglich ist.

Der Konsumstil unter Jugendlichen in einer Gruppe ist aber oft nicht auf den reinen Genuss, wie als Begleitgetränk zu einer Mahlzeit, sondern gerade darauf ausgerichtet, eine stimmungs- bzw. verhaltensverändernde Wirkung bei sich selbst zu erzielen. Deswegen begünstigt Alkohol auch ein aggressives Verhalten unter Jugendlichen. Zusätzlich wird durch ein häufig „schnelles“ Trinken aus der Flasche eine zügig eintretende Intoxikation begünstigt.

Die Gruppendynamik unter den Jugendlichen tut dann ihr Übriges: Unter den Mitgliedern werden bestimmte „mutige“ Verhaltensweisen voneinander erwartet, es

gehört dazu, sich vor anderen nichts „gefallen“ zu lassen.

Auch in der öffentlichen Diskussion taucht der Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und Jugendgewalt verstärkt auf. Im Mai 2008 stellte Bundesinnenminister Schäuble im Rahmen der PKS 2007 fest, dass zwar die polizeilich registrierte Kriminalität in Deutschland um 0,3 % rück-

ren Körperverletzungen um 6,3 %. Schäuble führte diese traurige Entwicklung nicht zuletzt auf „übermäßigen Alkoholkonsum“ zurück.

Schäuble forderte in diesem Zusammenhang eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Polizei, Schule, Jugendhilfe und Staatsanwaltschaft.

Nach Auskunft der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) haben im Jahr 2008 20 % der 12-17-jährigen Jugendlichen im Monat mindestens einmal fünf Gläser Alkohol oder mehr getrunken. Der Trend zum exzessiven Trinken, dem so genannten Binge-Drinking sei weiterhin ungebrochen. Rund eine Million junge Leute hatten einmal pro Monat einen Vollrausch, 300.000 sogar wöchentlich. Damit ein Einstieg in die Sucht und ein unkontrollierbares Gewaltpotential unter Jugendlichen überhaupt erst entstehen können, muss Alkohol jedoch verfügbar sein. Je einfacher er in unmittelbarer Umgebung der Jugendlichen zugänglich ist, desto leichter kommt es auch zu Situationen, die zu einer Gefährdung führen können.

Deshalb fordert die Junge Gruppe:

- Die Einhaltung des Jugendschutzes von Seiten der Händler.
- Die Einhaltung und der Vollzug des Jugendschutzgesetzes durch die zuständigen Verwaltungsbehörden.
- Ein Werbeverbot für Alkohol.
- Betrunkene Jugendliche sollen die Kosten für ihren Abtransport zukünftig selbst übernehmen.
- Das Thema „Jugend und Alkoholkonsum“ muss weiter in die öffentliche Wahrnehmung gerückt werden.

Auch wir von der Jungen Gruppe haben Anfang des Jahres eine eigene Kampagne „Sei cool – OHNE Alkohol“ mit vielfältigen Wettbewerben und Aktionen zum Thema gestartet.

Weitere Informationen zur Kampagne unter www.gdpg.de



läufig sei, die Gewaltkriminalität unter Jugendlichen jedoch um 4,9 % zugenommen habe. Besonders auffällig war dabei der Anstieg von gefährlichen und schwe-



„Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge“ – Aktion der Jungen Gruppe Hamburg



21.3.2009: Bei Hamburger Schmuddelwetter betreuten Teamer der Jungen Gruppe (Foto links: Pascal Kühne) eingesetzte Polizeibeamte in Hamburg. In diesem Rahmen sammelten sie auch gleich Unterschriften für die Aktion „Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge“. Die Freie Heilfürsorge wurde am 1.1.2005 in Hamburg abgeschafft und durch die Beihilferegelung (50-50) für Neuanfänger und die Heilfürsorge (Selbstbeteiligung durch monatliche Beiträge) für Polizeibeamte, die zu diesem Zeitpunkt bereits im Amt waren, ersetzt.

SEMINAR

Polizei in Europa

– Vom 19.-23. Oktober 2009 nach Rom –

Die Römischen Verträge wurden am 25. März 1957 von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden in Rom unterzeichnet und gründeten mit dem EWG-Vertrag die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und dem Vertrag für Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) zwei wesentliche Bestandteile der späteren Europäischen Gemeinschaft. Rund 50 Jahre danach wollen wir schauen, wie sich die Verträge weiterentwickelt

haben und wie sie unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen beeinflussen. Darüber hinaus wollen wir auch Kontakt zur Römischen Polizei aufnehmen und mit Kolleginnen und Kollegen diskutieren, wie sich Polizeiarbeit heute im europäischen Raum darstellt.

Der TeilnehmerInnenbeitrag beträgt 300 Euro. Die Anreise nach Rom muss selbst organisiert werden. Anmeldungen bitte online: <http://www.gdp.de/gdp/gdpjg.nsf/id/Seminaranmeldung>

Deutscher Evangelischer Kirchentag – Junge Gruppe ist dabei!

++
++
32. Deutscher Evangelischer Kirchentag
Bremen 20. bis 24. Mai 2009

Die Junge Gruppe (GdP) wird auch auf dem 32. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Bremen vertreten sein. Auf dem Markt der Möglichkeiten findet ihr uns am Stand: Ü2b D46.



Wir sagen: Herzlich willkommen. Im Landesbezirk Hessen haben sich aktuell 73 % der neuen Auszubildenden für die GdP entschieden. Wir freuen uns über eure Entscheidung für die größte und beste Gewerkschaft in der Polizei. Lasst uns gemeinsam die Zukunft unserer Polizei gestalten. Wir mischen uns alle ein. Macht mit!

IMPRESSUM:
Herausgeber:
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21- 105;
Fax: (030) 39 99 21 -200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sascha Göritz

Redaktion:
Fanni Schneider, Marc Behle

JUNGE GRUPPE





Die Finanzierung polizeilicher Aufgabenwahrnehmung im Lichte eines gewandelten Polizeiverständnisses

Vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Mittel können die Kosten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit kaum mehr gedeckt werden. Davon ausgehend lotet die Darstellung die Grenzen einer erweiterten Polizeikostenerhebung aus und schlägt praktikable Richtlinien für neue Kostenerstattungsregelungen vor. Zunächst analysiert der Autor soziokulturell die



Kommerzialisierung des (öffentlichen) Gutes Sicherheit sowie des sich ausdifferenzierenden Tätigkeitsspektrums staatlicher und privater Sicherheitsdienstleister. Aus den Ergebnissen dieser Untersuchung leitet der Verfasser dann – auf Grundlage des verfassungsrechtlichen Gebührenbegriffs – den Rahmen für eine erweiterte Polizeikostenerstattung ab. Maßgeblicher Anknüpfungspunkt dafür ist die im Polizeirecht bisher kaum verwendete gebührenrechtliche Vorteilsabschöpfung.

Die Finanzierung polizeilicher Aufgabenwahrnehmung im Lichte eines gewandelten Polizeiverständnisses, Dr. Frank Braun, Richard Boorberg Verlag, 2008, 440 Seiten, 44 Euro, ISBN 978-3-415-04143-1

Spurenleger

Eine junge Polizeikommissarin liegt tot auf dem Beifahrersitz eines Streifenwagens. Ihr Kollege wird durch einen Kopfschuss schwer verletzt und kann sich an den Tathergang nicht mehr erinnern.

Die Ermittler rätseln über die wahren Hintergründe der Tat. Handelt es sich um einen erweiterten Suizid, ein Beziehungsdelikt, einen kriminellen Racheakt oder sogar um einen terroristischen Anschlag?

Bei den Ermittlungen stoßen die Beamten auf zahlreiche Motive, bis eine DNA-Auswertung sie auf eine heiße Spur führt, und erleben mehr als nur eine Überraschung. Je näher die Lösung des Falles rückt, desto intensiver tauchen bei KHK Lena Lieck schmerzhaft Kindheitsereignisse auf und ihr Kollege Tom Schneider wird mit dunklen Schatten einer nahen Vergangenheit konfrontiert, die so gegenwärtig ist wie nie zuvor.

Der Autor zieht seine Leser erneut mit hinein in den Strudel der tragischen Ereignisse und beschreibt dabei sensibel die Gefühlswelten von Frauen und Männern im Polizeidienst. Er stellt in einem spannenden Krimi das Thema der zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte in den Vordergrund. Er beleuchtet nicht nur den Fall, sondern auch das Innenleben seiner Hauptfiguren, denn Lena Lieck und Tom Schneider tragen ein ganzes Bündel an (nicht nur dienstlichen) Belastungen, seelischen Wunden und sozialen Problemen auf ihren Schultern.

Spurenleger, Jörg Schmitt-Kilian, Piper Verlag, 2009, 268 Seiten, 7,95 Euro, ISBN 978-3-49225406-9

Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte

Der Bundes- und die Landesgesetzgeber haben begonnen, die beamtenrechtlichen Konsequenzen aus der Föderalismusreform in Gesetze zu gießen. Das Beamtenstatusgesetz tritt am 1. April 2009 in Kraft. Die Länder sind dabei, ihre Beamtengesetze an die Regelungen des Statusgesetzes anzupassen. Nicht alle planen eine umfassende Reform ihres Dienstrechts. Im Bund sind weite Teile des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes in Kraft getreten. Über die aktuellen Entwicklungen im Beamtenrecht im Bund und in den Ländern informiert – übersichtlich gegliedert und verständlich geschrieben – die 11., überarbeitete Auflage des Taschenbuches „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“. Das Buch bietet auf 360 Seiten Informationen, Praxisbeispiele, Zahlen, Synopsen und Besoldungstabellen für den Bund und die Länder.



GdP-Mitglieder erhalten das Buch zu einem Vorzugspreis von 5 Euro zzgl. 2,50 Euro Versandpauschale. Nichtmitglieder zahlen 7,50 Euro zzgl. 2,50 Euro Versandpauschale.

Bestellungen: Per Post: INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte, Höhenweg 270, 40231 Düsseldorf, Telefonisch: 0180 5835226, per Fax: 0180 5329226, E-Mail: infoservice@beamteninformationen.de oder im Internet: www.beamten-informationen.de



Deutsche **Polizei**

Titel – Foto: Rembert Stolzenfeld Gestaltung: Rembert Stolzenfeld

Nr. 5 • 58. Jahrgang 2009 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin, Telefon (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiter:
Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009



Druckauflage dieser Ausgabe:
173.239 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

